

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Die SPÖ neu gründen!**

Albrecht K. Konečný

**Ein modernes Strafrecht**

Hannes Jarolím

**Rot-Blau ante portas?**

Ludwig Dvořák

**Die EU gemeinsam verteidigen**

Caspar Einem



---

**KOKOSCHKA**  
LEOPOLD MUSEUM



# EDITORIAL

Zwei Länder, zwei Wahlen, ein Problem: Weder bei den deutschen Bundestagswahlen, noch bei den österreichischen Nationalratswahlen ist der Sozialdemokratie die große Mobilisierung ihrer Kernschichten geglückt. In Österreich hat eine massive Zersplitterung des bürgerlichen Lagers dazu beigetragen, dass die Sozialdemokratie stärkste Kraft wurde. In Deutschland hat die Implosion der FDP die Konservativen hingegen nur knapp an der absoluten Mandatsmehrheit vorbeischrammen lassen. Da wie dort spielte die Fähigkeit bzw. Unfähigkeit des politischen Gegners eine wichtige Rolle, da wie dort wäre es aber ein schwerer Fehler, die Ursachen für das Ergebnis nicht auch bei sich selbst zu suchen. In Deutschland scheint sich die SPD auf die notwendige Debatte einzulassen: Inhaltlich scheint eine Reflexion darüber in Gang zu kommen, dass es nun einmal mit einem Glaubwürdigkeitsproblem verbunden ist, einen Erfinder der Agenda-Politik als Spitzenkandidaten mit einem sozial engagierten und gegen die Folgen der Agenda-Politik gerichteten Programm ins Rennen zu schicken. Strategisch versucht man sich nun gegen eine tödliche Umarmung in der Großen Koalition mit einer breit angelegten Entscheidungsfindung mit Delegiertenkonferenzen und Mitgliederentscheid abzusichern. Das Signal an Angela Merkel: Wir sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Unverständlich ist, weshalb das, was Gerhard Schröders einstiger Ziehsohn Sigmar Gabriel in Deutschland praktiziert, in Österreich zum Sakrileg erklärt wird: Zum einen, weil selbst ein Bruno Kreisky ganz selbstverständlich 1983 einen Sonderparteitag darüber entscheiden ließ, ob eine Koalition mit der FPÖ gebildet werden solle. Zum anderen, weil von einer breiteren Entscheidungsfindung nur die inhaltliche Durchsetzungskraft in den Verhandlungen gestärkt würde.

Der erste Beitrag dieser Ausgabe widmet sich sehr intensiv den Fragen notwendiger politischer **Schlussfolgerungen**

**aus dem Wahlergebnis aus Sicht der SPÖ. Albrecht K. Konečný** spricht sich vehement dagegen aus, zur Tagesordnung überzugehen.

Einer ganz anderen inhaltlichen Frage, mit hoher Relevanz für die startenden Regierungsverhandlungen, wendet sich **Hannes Jarolim** zu: Er stellt die Überlegungen einer von ihm eingeladenen **Arbeitsgruppe** für ein **sozialdemokratisches Strafrechtsprogramm** vor.

**Ludwig Dvořák** setzt sich **kritisch** mit den in den Tagen nach der Wahl aufgekommenen Stimmen für eine **rot-blaue Zusammenarbeit** auseinander.

**Caspar Einem** wiederum plädiert für eine umfassende **Revision bisheriger sicherheitspolitischer Überlegungen** unter den bestehenden und zu entwickelnden **europäischen und internationalen Rahmenbedingungen**.

Auf eine grundsätzliche Ebene hebt **Erich Fröschl** die Überlegungen **Colin Crouchs** zur **Zukunft sozialdemokratischer Politik** in dessen letzten drei Büchern.

Nach den **Buchtipps** rundet **Markus Marterbauer** mit seinem **Schlusswort** das Heft ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen.



# Inhalt



**TRUDE FLEISCHMANN 1895–1990, Oskar Kokoschka und Oida Palkovská, London 1939**

© Universität für angewandte Kunst Wien, Oskar Kokoschka-Zentrum

## 6 Die SPÖ neu gründen!

VON ALBRECHT K. KONEČNÝ

## 14 Ein modernes Strafrecht

VON HANNES JAROLIM

## 24 Rot-Blau ante portas?

VON LUDWIG DVOŘÁK

## 30 Die EU gemeinsam verteidigen

VON CASPAR EINEM

## 38 Wie kommt die Sozialdemokratie wieder aus der Defensive?

VON ERICH FRÖSCHL

## 44 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

## 46 Die demografische Entlastung des Arbeitsmarktes

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

# Die SPÖ neu gründen!

**Dieses Wahlergebnis beweist:** Personal-Rochaden und kosmetische Korrekturen reichen nicht mehr aus. Die SPÖ braucht ein neues, der heutigen Gesellschaft entsprechendes »Partei-Modell«!

**D**as Wahlergebnis vom 29. September 2013 lässt sich beim besten Willen nicht mehr schönreden. Die erste von drei annähernd gleich starken Parteien zu sein, ist zwar natürlich besser als diese Spitzenposition zu verlieren. Immerhin bietet diese sie die Möglichkeit, bei der Bildung einer neuen Regierung entscheidend mitzureden.

Aber hier soll nicht von Koalitionsoptionen die Rede sein, sondern von jener Partei, die 1979 einen Stimmenanteil von 51 Prozent erreichte und sich seither in einem kaum jemals unterbrochenen Abwärtstrend befindet. Gut: 1979 stand Bruno Kreisky an der Spitze der SPÖ, dessen Kreativität und Überzeugungskraft keiner seinen Nachfolger auch nur annähernd erreichte. Richtig: Die »Auswahl« an Parteien war damals deutlich geringer, die »neuen« Parteien – wie als erste die »Grünen« – zeichneten sich erst am Horizont ab.

## DIE PERMANENTE NIEDERLAGE

Aber reicht dies als Erklärung für einen Abstieg aus, der die SPÖ auf die Hälfte ihres damaligen Wähleranteils schrumpfen ließ. Reicht es als Erklärung dafür aus, dass dies kontinuierlich geschah, denn nahezu jede Nationalratswahl brachte ein weiteres Schrumpfen der SPÖ-Wählerschaft. Die wenigen Ausnahmen sind – wie etwa der verspielte Sieg von 2006 – relativ leicht politisch zu erklären, die vielen »Normalfälle« jedoch eher nur strukturell.

Strukturell heißt in diesem Fall: Die SPÖ behauptet bisher ziemlich erfolgreich ihren hohen Wähleranteil in den älteren Wählergruppen, sie liegt jedoch in der Altersgruppe bis 30 Jahre nur bei etwa die Hälfte davon (auch diesmal etwa gleichauf mit ÖVP, FPÖ und Grünen) und erreicht in der mittleren Altersgruppe einen nur geringfügig höheren Stimmenanteil. Anders ausgedrückt: Je jünger die Wähler, desto schwächer die SPÖ.

Und strukturell ist auch die unleugbare – wenn auch bedauerliche – Tatsache, dass Menschen irgendwann auch sterben. Konkret: In der Altersgruppe über 60 Jahre (rund 30 Prozent der Wahlberechtigten) sterben jährlich etwa 70.000 Menschen, in den fünf Jahren seit 2008 daher rund 350.000. Wie hoch immer man die Wahlbeteiligung dieser Gruppe ansetzt und wie hoch man den SPÖ-Anteil an den Stimmen der Älteren einschätzt – es ist klar, dass die SPÖ schon vor dem Wahltag rund 70.000 Stimmen verloren hat – und die konnte sie bisher noch nie bei den neu dazu gekommenen Erstwählern (diesmal rund 348.000) wettmachen. Denn in dieser Altersgruppe erreicht sie wenig mehr als 20 Prozent der – in geringerer Zahl zur Wahl gehenden – Wähler, vielleicht etwa 35.000.

## DIE AKTUELLE NIEDERLAGE

Die Nationalratswahl 2013 brachte der SPÖ einen Verlust von rund 2,8 Prozent, was immerhin ein Schrumpfen ihres Stimmenanteils gegenüber 2008 um etwa ein Zehntel bedeutet.

Glaubt man den Wählerstrom-Analysen – was ich nur sehr bedingt tue – hat die SPÖ diesmal erheblich an die FPÖ und das »Team Stronach« verloren, unerheblich an Grüne und Neos und andererseits deutlich vom BZÖ und ein wenig von der ÖVP gewonnen. Vor allem aber wären mehr als 13 Prozent ihrer Wähler von 2008 diesmal daheim geblieben. Stimmt das so, so würde es eine erhebliche Mobilisierungsschwäche der SPÖ aufzeigen.

Die Verluste an die FPÖ, die in besonders deutlicher Weise in den der Steiermark und in den Wiener Arbeiterbezirken zutage traten, sind eindeutig in der Arbeiterschaft erfolgt: Dass die FPÖ – nach einigen Analysen – in dieser Wählergruppe zur stimmenstärksten Partei wurde, ist für die SPÖ besonders schmerzlich.

## DIE POLITISCHE AUFGABENSTELLUNG

Damit ist auch klargestellt, dass die SPÖ eine gewaltige und schwierige Aufgabe bewältigen muss, wenn sie mittel- und langfristig wieder eine Stärke erreichen will, die sicherstellt, dass in einer fragmentierten Parteien-Landschaft ein Regieren ohne oder gegen sie nahezu unmöglich wird.

In zumindest drei Richtungen muss sie dabei vorankommen: Die erste – und wohl auch wichtigste – ist es, bei der nachrückenden jungen Wähler-generation in einem signifikanten Ausmaß wieder stärker Fuß zu fassen. In meinem Alter berechtigt mich nichts, dazu operative Vorschläge zu machen. Ganz im Gegenteil: Diese Konzepte zu entwickeln, ist die Aufgabe jener jungen SozialdemokratInnen, die sich mit Recht an den Rand der Partei gedrängt fühlen und über mangelnde Unterstützung ihrer Initiativen klagen.

Die zweite Richtung muss auf die Wiedergewinnung breiter Schichten der Arbeiterschaft abzielen. Hier sind wohl in erster Linie die sozialdemokratischen Gewerkschafter gefordert. Denn auch im Zeitalter der elektronischen Information sind die Betriebe Stätten der politischen Meinungsbildung. Sich dort in den tagtäglichen Diskurs einzuklinken und diesen letztlich zu dominieren, kann nur von Menschen geleistet werden, die selbst Teil dieser Belegschaft sind. Sie für diese alte – aber in Vergessenheit geratene – Aufgabe bereit zu machen, ist dabei wohl die schwierigste Voraussetzung.

Die dritte, nicht weniger bedeutsame Aufgabe ist die Wiedergewinnung der Dominanz unter den Intellektuellen. Nicht ihre Zahl macht diese Gruppe so bedeutsam, sondern ihr Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs. Gerade in diesem Bereich haben viele die SPÖ »abgeschrieben«, ohne sich vollkommen von ihr zu lösen. Sie zurückzuholen kann nicht durch gutes Zureden gelingen, sondern nur durch das offensive Angebot, ihre intellektuelle Kapazität in den politischen Diskurs der SPÖ einzubringen. Und dies auch – und gerade dann – wenn man sich dabei Querdenker hereinholt.

## DER ZUSTAND DER SPÖ

Die zentrale Fragestellung ist dabei, ob sich die SPÖ strukturell und organisatorisch in einem Zustand befindet, der sie befähigt, diese Aufgaben zu erfüllen. Für mich ist diese Frage nachdrücklich zu verneinen!

Wenn die Wählerstrom-Analysen einigermaßen Recht haben und die SPÖ tatsächlich nicht annähernd in der Lage

war, ihre potentiellen Wähler an die Urnen zu bringen, so weist das auf eine alarmierende Mobilisierungsschwäche hin.

Wirklich neu ist das nicht. Denn schon bei früheren Wahlen hatte sich diese Mobilisierungsschwäche deutlich gezeigt – in der dramatischsten Weise bei der Volksabstimmung über Wehrpflicht vs. Berufsheer, als die SPÖ weder ihr politisches Anliegen vermitteln konnte, noch ihre Anhänger dafür zu mobilisieren in der Lage war.

Könnte es sein, dass dies damit zu tun hat, dass es weder über die Festlegung auf ein Berufsheer noch etwa über die Zusammensetzung der Kandidaten-Listen so etwas wie einen innerparteilichen Diskurs gab? Kann es sein, dass die, die von jeder Mitbestimmung ausgeschlossen waren, sich danach selbst aus der nachfolgenden politischen Entscheidung ausschlossen?

Dass die Wiener SPÖ mir – und wohl ungezählten anderen Mitarbeitern – vor der Nationalratswahl alltäglich per »Botschaft« mitgeteilt hat, dass es noch soundso viele Tage bis zur Wahl sind und mich zur Mobilisierung aufgerufen hat, war wohl kaum wirkungsvoll sondern nur mehr ärgerlich..

## DIE FIKTION DER MITGLIEDSCHAFT

Seit mehr als hundert Jahren definiert sich die SPÖ als Mitglieder-Partei mit einer strikt auf den Wohnort orientierten Gliederung (nachdem davor jeder, der eine sozialdemokratische Zeitung abonniert hatte, als Parteimitglied angesehen worden war).

Die rund 240.000 verbliebenen Mitglieder – was etwa einem Drittel der Mitgliederzahlen der 70er-Jahre entspricht – stellen immer noch eine imponierende Zahl dar. Aber was weiß die SPÖ von ihnen und was fängt sie mit ihnen an?

Sie weiß von ihnen, wo sie wohnen, wie alt sie sind, ob sie regelmäßig ihren Mitgliedsbeitrag abbuchen lassen und wann ihnen ein Abzeichen für langjährige Mitgliedschaft zu überreichen ist. Aber sonst? Persönlichen Kontakt gibt es kaum noch, eine wirkungsvolle Kommunikation findet nicht statt.

Und was wissen die Mitglieder von der SPÖ? Eher noch weniger. Zwei- oder dreimal im Jahr findet eine Zeitschrift oder ein Brief der SPÖ den Weg zu den Mitgliedern, Veranstaltungen, zu denen sie eingeladen werden, gibt es kaum. Ein paar von ihnen mühen sich zu den Jahresversammlungen, die stets dem gleichen Ritual folgen, ein paar sind bereit,

sich alle paar Jahre in eine Wahlkommission zu setzen. Aber keiner fragt sie jemals um ihre Meinung – nicht wenn es um Kandidaturen bei Wahlen geht, nicht vor schwerwiegenden politischen Entscheidungen.

Wer jetzt die Frage aufwirft, ob man nicht vor einer Regierungsbildung die Mitglieder fragen sollte, ob sie für das erarbeitete Regierungsprogramm sind, hat einfach recht. Mitgliederbefragungen bei der Entscheidung »wichtiger politischer Fragen« sind ausdrücklich im Parteistatut vorgesehen – auch wenn bisher keine einzige stattgefunden hat.

Diese Entscheidung zur »ureigenen Kompetenz« des Bundesparteivorstandes zu erklären, ist durch keine Statutenbestimmung gedeckt; was wäre denn eine wichtigere Frage als die, mit wem und unter welchen Bedingungen die SPÖ mit der ÖVP koalitiert?

### DIE ÖFFNUNG DER SPÖ IST ÜBERFÄLLIG

Nimmt man an, dass diese 240.000 SPÖ-Mitglieder am 29. September alle für die SPÖ gestimmt haben – was eher unrealistisch ist – dann verbleiben immer noch rund 900.000 SPÖ-Wähler, die eben nicht Parteimitglieder sind.

Hat die irgendwann jemand gefragt, ob sie das nicht doch werden wollen? Hat sie irgendwann jemand gefragt, wie sie – außer an der Wahlurne – ihr Verhältnis zur SPÖ gestalten wollen? Ob sie eingebunden sein wollen, in eine echte politische Partizipation?

Anders ausgedrückt: Die SPÖ kassiert von ihren Mitgliedern den Mitgliedsbeitrag und bietet dafür kaum etwas – schon gar keine ernsthafte Mitbestimmung. Und von den anderen kassiert sie keinen Beitrag, sondern die Stimme – aber das ist eben eine höchst einseitige Beziehung und erst recht keine Partnerschaft.

### DIE FIKTION DER ORGANISATION

Das die gesamte Gesellschaft umspannende Netz sozialdemokratischer Organisation war einst eine wirkungsvolle Realität. In Sektionen und deren Lokalen trafen einander die Mitglieder und Funktionäre der Partei und vieler ihrer Organisationen. Sie debattierten untereinander, setzten sich mit Berichten ihrer Mandatäre auseinander, planten gemeinsam Aktionen – ja und verbrachten auch gemeinsam Freizeit beim Tarockieren.

In den Bezirkssekretariaten wurde das alles administriert, die Gremien der Organisationen traten zu ihren Sitzungen zusammen, in den Sälen der Arbeiterheime fanden gut besuchte Veranstaltungen der unterschiedlichsten Art statt.

So ist es nicht mehr. Die abgewohnten Sektions-Lokale in den Souterrains von Gemeindebauten, die verkommenen Arbeiterheime in vielen Arbeiterorten wurden zunehmend weniger attraktiv und bald nur mehr zum – seltenen – Treffpunkt einiger weniger. Und weil sie so wenig frequentiert waren, wurden sie schrittweise aufgegeben.

Diese Anlaufstellen des 19. Jahrhunderts verschwanden – aber nichts trat an ihre Stelle: Keine »Bürgerbüros« – wie sie etwa die SPD in vielen Orten einrichtete. Keine Punkte, an denen sich die lokalen Mandatäre der Diskussion und natürlich auch der Kritik stellten. Keine »Grätzel-Treffs« und erst recht keine Jugend-Lokale. Die SPÖ gab obsolet gewordene Einrichtungen auf, was durchaus vernünftig war, aber sie entwickelte kein Konzept für neue, zeitgemäßere Anlaufstellen für ihre Mitglieder und Wähler. Damit aber entschwand sie aus der Wahrnehmung der lokalen Bevölkerung.

Was verblieb, waren die »Sekretariate«; kaum jemals direkt von der Straße zugänglich, immer mehr mit sich selbst beschäftigt – auch wenn die Zahl der zu »administrierenden« Mitglieder drastisch sank und die Computer diese Administration entscheidend erleichterten.

Für uns Funktionäre mag das alles seinen gewohnten Gang gehen – für die große Mehrheit derer, um deren Unterstützung wir werben, spielt sich das alles unterhalb ihrer Wahrnehmungsschwelle und außerhalb ihres Interessenbereiches ab.

### DER SCHRITT VON DER VERGANGENHEIT IN DIE ZUKUNFT

Parteien entstehen – und vergehen – in dem Maße, in dem sie Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen. Die Sozialdemokratie ist aus dem Wunsch der Arbeiterschaft heraus entstanden gleichberechtigt, an den politischen Entscheidungen aber auch an allen Formen des gesellschaftlichen Lebens teilzunehmen. So haben sie das allgemeine Wahlrecht erstritten – und genützt.

So haben sie aber auch jenes Netz von Kinder- und Jugendorganisationen, von sozialen Einrichtungen, von Kultur- und Bildungsorganisationen, von Sport- und Interes-



sen-Verbänden für sich geschaffen, weil die entsprechenden Organisationen ihnen den Zutritt verwehrten.

Damit haben sie die Gesellschaft verändert –, aber eben auch ihre eigenen Schöpfungen obsolet gemacht. Viele dieser Organisationen gibt es selbstverständlich auch heute noch, aber nur die wenigsten von ihnen haben noch einen politischen Kern. Das ist wenig überraschend, denn die Gesellschaft hat sich in diesem Jahrhundert entscheidend verändert – und das nicht zuletzt aufgrund der Erfolge der Sozialdemokratie.

Es ist geradezu paradox, wie wenig die SPÖ in der Lage war und ist, diese gesellschaftliche Veränderung, die ihr ureigenster Erfolg ist, zu nutzen.

Sie hat es da und dort versucht. Theoretisch hat – laut Parteistatut – jeder SPÖ-Mandatar einmal jährlich öffentlich über seine Tätigkeit Rechenschaft abzulegen. Dieser gut gemeinte Ansatz ist totes »Partei-Recht« geblieben.

In vielen Teilen der SPÖ wurde versucht, die immer mehr ausgedünnten Territorial-Sektionen durch »Themen-Sektionen« teils zu ergänzen, teils zu ersetzen. Auch ich habe diesen Versuch als erfolgversprechend angesehen. Aber nur in ganz wenigen Ausnahmefällen haben diese Themen-Sektionen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Zumeist einfach deshalb, weil ihre erarbeiteten Vorschläge keine Chance auf Umsetzung hatten und mit deren »Schublädierung« auch die Bereitschaft zu weiterer engagierter Mitarbeit erlosch.

## **DIE SPÖ DER ZUKUNFT**

Es wird wohl in erster Linie Aufgabe einer nachrückenden Generation von SozialdemokratInnen sein, die SPÖ in einer Weise neu zu gestalten, die der Gesellschaft entspricht, in der wir heute leben. Ermutigend ist, in welchem Umfang schon wenige Tage nach der Wahl ein Diskussionsprozess in Gang gekommen ist, in dem junge Menschen eine dominierende Rolle spielen.

Klar ist, diese neue Partei muss sehr viel jünger sein als die heute existierende. Und in gleicher Weise muss sie weiblicher sein. Und das auf allen Ebenen – von den Regierungsmitgliedern und den Mitgliedern des Parteivorstandes über die Abgeordneten bis zu den MitarbeiterInnen in allen Gliederungen.

Nicht erst dann, wenn sie in vielen Jahren »zurechtgeschliffen« sind, sollen in dieser Partei kritische Geister in ver-

antwortungsvolle Funktionen aufrücken, sondern dann, wenn sie am kreativsten sind.

Ihre Tätigkeit und vor allem ihre Entscheidungsprozesse können und dürfen nicht in kleinen – formellen – Gremien und schon gar nicht in – informellen – Zirkeln ablaufen sondern sichtbar, kontrollierbar und mitbestimmbar.

Und die Partei muss sich dort präsentieren, wo die Menschen sind. Nicht in Souterrain-Lokalen und nicht in Sekretariaten im zweiten Stock, sondern in Begegnungszentren, die für jeden fast jederzeit zugänglich sind. Wo man den Menschen zuhört, mit ihnen diskutiert, sie berät und sie – vor allem – mit ihren Ideen ernst nimmt.

Dazu gehört insbesondere auch die Re-Politisierung der Beziehung mit den Mitgliedern der Partei. Ihnen haben die Mandatäre und Funktionäre der SPÖ über ihre Tätigkeit Rechenschaft zu geben und mit ihnen über die nächsten politischen Schritte zu diskutieren. Regelmäßige Mitglieder-Konvente könnten ein Instrument sein, mit dem die aktuelle Entfremdung zwischen der SPÖ und ihren Mitgliedern überwunden werden kann.

Aber dieses Miteinander kann und darf sich aber nicht auf die Mitglieder der SPÖ beschränken. Bruno Kreiskys Aufruf, »ein Stück des Weges« mit der SPÖ gemeinsam zu gehen, hat in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts viele tausend Menschen politisiert. Dies ist meiner festen Überzeugung nach auch heute wiederholbar.

Noch mehr als damals stellt die Mitgliedschaft bei einer Partei für viele ein eine nicht so leicht überschreitbare Hemmschwelle dar. Die Bereitschaft sich einzubringen, wäre aber bei vielen durchaus vorhanden.

## **KEINE ANGST VOR DER DEMOKRATIE**

Genau an diesem Punkt muss der entscheidende Schritt der Öffnung der SPÖ ansetzen: Mitgliedschaft in der SPÖ, aber auch die Bereitschaft, sich – ohne Mitgliedschaft – für sie zu engagieren, kann nicht dasselbe sein, wie das aufmunternde Zurufen von den Rängen eines Fußball-Stadions.

Es geht um Mitentscheidung! Jene, die in der aktuellen Situation nach einer Urabstimmung über einen möglichen Koalitions-Vertrag rufen, haben einfach Recht. Und noch mehr Recht haben jene, die bei einem solches Votum nicht nur die

SPÖ-Mitglieder, sondern auch die anderen Unterstützer der SPÖ entscheiden lassen wollen.

Die Hinweise auf das französische Beispiel sind absolut richtig: Francois Hollande hätte wohl die Präsidentschaftswahl nicht gewonnen, wäre er nur von den Gremien der PSF nominiert worden. Die Urabstimmung, bei der zehnmal so viele Menschen sich an der Entscheidung beteiligten als die PS Mitglieder hat, hat jene Stimmung geschaffen, die den Machtwechsel ermöglichte.

Solche Stimmungen, solche Begeisterung und solche breite aktive Partizipation zu schaffen, ist der SPÖ seit vielen Jahren nicht mehr gelungen. Wenn es gelingt aus – wohlgesinnten – ZuschauerInnen engagierte Mitstreiter zu machen, kann die österreichische Sozialdemokratie einen neuen, erfolgversprechenden Anfang machen.

Um nochmals auf Bruno Kreisky zurückzugreifen: Die »Durchflutung aller Bereiche mit Demokratie« steht in der SPÖ noch aus.

Erfolgt sie jetzt nicht, dann besteht die dringende Gefahr, dass 2018 wieder einmal zehn Prozent der WählerInnen von 2013 verloren gehen. Und dann der erste Platz der SPÖ in der österreichischen Politik auf lange Zeit verloren geht. 🍷

#### ALBRECHT K. KONEČNÝ

war in seiner langen politischen Tätigkeit für die SPÖ u. a. Herausgeber der »Arbeiter-Zeitung«, Chefredakteur der »Zukunft«, Internationaler Sekretär der SPÖ, stellvertretender Bezirksobmann der SPÖ-Währing, Abgeordneter zum Nationalrat, Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied des Bundesrates, in dem er von 1995 bis 2010 Vorsitzender der SPÖ-Fraktion war.

## KOKOSCHKA

### Das Ich im Brennpunkt

Eine Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem Oskar Kokoschka-Zentrum der Universität für angewandte Kunst Wien im **Leopold Museum** (MuseumsQuartier Wien).

Bis 27. Jänner 2014; täglich außer Dienstag: 10–18 Uhr, Donnerstag: 10–21 Uhr

Mit »Kokoschka. Das Ich im Brennpunkt« widmet das Leopold Museum einem der bedeutendsten österreichischen Künstler des 20. Jahrhunderts eine Ausstellung die erstmals Fotografien aus Kokoschkas Leben prominent in den Mittelpunkt rückt. Oskar Kokoschka (1886–1980) zählt zweifellos zu den wichtigen Protagonisten der Moderne. Sein Œuvre als Maler und Grafiker, aber auch als Dramatiker, Essayist und Bühnenbildner ist enorm und hat einen festen Platz in der Kunst- und Literaturgeschichte.

Bisher kaum bekannt war die Tatsache, dass Kokoschkas Leben und Schaffen auch durch eine Vielzahl von Fotos dokumentiert ist. Allein im Nachlass des Künstlers haben sich rund 5.000 Fotos erhalten, welche sich heute in der Universität für angewandte Kunst Wien befinden und nunmehr erstmals in einer wissenschaftlich kommentierten Auswahl publiziert werden. Fotografische Aufnahmen aus Kokoschkas Arbeitsumfeld und Privatleben vermitteln ein reiches, intensives Künstlerleben und sind zugleich ein Stück Kultur- und Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Aus der wissenschaftlichen Aufarbeitung dieses Bestandes entstand die Idee zu einem gemeinsamen Ausstellungsprojekt von Leopold Museum und Oskar Kokoschka-Zentrum der Universität für angewandte Kunst.

Vielseitig, oft provokant und kontroversiell war nicht nur der Künstler, sondern auch der Mensch Kokoschka. Galt er in jungen Jahren als Enfant terrible, wurde er während der nationalsozialistischen Ära nicht nur seiner Kunst wegen als prominenter »entarteter« Künstler diffamiert, sondern auch aufgrund seiner offenen Gegnerschaft zum Regime. Seine allgegenwärtige Leidenschaft für alle Kunst- und Lebensbereiche faszinierte viele Zeitgenossen, darunter bedeutende Literaten, Komponisten, Bühnenstars, Wissenschaftler, Politiker und Lebenskünstler.

In der vom Leopold Museum in Zusammenarbeit mit der Universität für angewandte Kunst Wien, Oskar Kokoschka-Zentrum, organisierten Ausstellung werden einzigartige Fotos und ganze fotografische Serien den Werken des Künstlers unmittelbar gegenübergestellt.

Das Lebenswerk eines der großen internationalen Maler des 20. Jahrhunderts tritt somit in einen spannenden Dialog zur Fotografie, dem Medium, das wie kaum ein anderes das visuelle Gedächtnis dieses Jahrhunderts geprägt hat. Zur Ausstellung erscheint ein umfangreicher Katalog.





**HENRIETTE MOOS, Oskar Kokoschkas Alma-Puppe als Venus, 1919**  
© Privatsammlung, Courtesy Richard Nagy Ltd., London



Oskar Kokoschka porträtiert Bürgermeister Theodor Körner im Wiener Rathaus, im Hintergrund Kulturstadtrat Viktor Matejka, 1949  
© Universität für angewandte Kunst Wien / University of Applied Arts Vienna, Oskar Kokoschka-Zentrum © Wiener Stadt- und Landesarchiv,  
Fotos des Presse- und Informationsdienstes

# Ein modernes Strafrecht

**Gegen Ende** der auslaufenden Legislaturperiode hat öVP-Justizministerin Beatrix Karl eine Kommission zur Reform des StGB eingesetzt. Die sozialdemokratische Justizpolitik ist für die anstehenden Diskussionen gut gerüstet: Seit 2012 hat eine ExpertInnengruppe auf Einladung von SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim Vorschläge für eine umfassende Reform des Strafrechts, auch über das materielle Strafrecht hinaus, ausgearbeitet, deren Ergebnisse der Initiator in diesem Beitrag vorstellt.

In den Jahren 2012/2013 haben über meine Einladung als SPÖ-Justizsprecher zahlreiche Expertinnen und Experten aus Lehre und Praxis an der Erarbeitung eines neuen Justizprogrammes/Strafrecht teilgenommen. Das Zwischenergebnis dieser Arbeitsgruppe, welche nicht den Anspruch erhob, für die SPÖ zu sprechen, wurde im Mai 2013 von Univ.-Prof. Dr. Alois Birklbauer, Jugendanwältin DSA Monika Pinterits und mir der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Notwendigkeit, das im Wesentlichen aus dem Jahr 1975 stammende Strafrecht zu reformieren, steht außer Zweifel und die in der Folge dargelegten Inhalte sollen als Denkanstoß aufgefasst und einer kritischen Diskussion unterzogen werden. Die folgenden Darlegungen sind im Wesentlichen eine Überarbeitung und Kurzfassung dieses Zwischenergebnisses.

## ALLGEMEINE ÜBERLEGUNGEN

Strafrecht kann und darf allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge bei der Bekämpfung der Kriminalität nur das letzte Mittel sein (Strafrecht als ultima ratio). Es ist nur dort anzuwenden, wo andere staatliche Regelungen nicht ausreichen. Durch die zurückhaltende Anwendung des Strafrechts wird gesichert, dass es seine Wirkung entfaltet, wo dies zur Erreichung eines legitimen Ziels geeignet und erforderlich ist. Durch eine solche rationale Kriminalpolitik werden letztlich keine untauglichen Lösungsansätze gegen Kriminalität vorge-täuscht, denn das Entdeckungsrisiko des Täters hat eine bessere präventive Wirkung als Anlassgesetze mit hohen Strafdrohungen oder eine exemplarisch harte Bestrafung von Tätern.

Vor diesem Hintergrund kommt die primäre Bedeutung zur Herstellung von Sicherheit in der Gesellschaft der Ver-

brechensprävention zu. Schon vor hundert Jahren prägte der Strafrechtswissenschaftler Franz von Liszt den berühmten Satz: »Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik«. Das gilt letztlich noch heute. Sicherheit und Soziales sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Mehr Mittel in die Prävention durch verstärkte Resozialisierungsmaßnahmen, Sozialarbeit und bessere soziale Verhältnisse führen jedenfalls zu mehr Sicherheit als zusätzliche Gefängnisse und Gefängnisinsassen.

Eine rationale Kriminalpolitik muss sich dem Zugang verpflichtet fühlen: »Es reicht nicht, das Verbrechen zu bekämpfen. Wir müssen die Ursachen des Verbrechens bekämpfen«. Dazu gilt es, der Arbeits- und Perspektivenlosigkeit – insbesondere junger Menschen – effizient entgegen zu steuern, etwa durch Stärkung der Bildungsmöglichkeiten, Beseitigung der Armut in neuer und alter Form usw. Eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die den Sozialabbau fördert und die Zukunftsängste bei den Menschen ebenso schürt wie eine egoistische Ellbogengesellschaft, produziert hingegen Rahmenbedingungen, die der Gewalt und Kriminalität förderlich sind.

Die Bekämpfung von Verbrechensursachen muss auch das zentrale Ziel bei der Resozialisierung von Straftätern sein. Dies gilt sowohl bei ambulanten Maßnahmen, die – soweit als möglich – den Straftäter nicht wegsperren, sondern ihm eine Chance geben, in Freiheit sein Leben für die Gemeinschaft verantwortungsvoll zu führen, als auch bei der Ausgestaltung des Strafvollzugs. Bildungs- und Persönlichkeitsdefiziten sollte wirksam gegengesteuert werden. Besonders bei jungen Menschen muss die Möglichkeit, durch eine »zweite Chance« das

Abgleiten in fortgesetzte Kriminalität zu verhindern, noch stärker genützt werden.

Investitionen in die Resozialisierung von Straftätern dienen indirekt der Sicherheit der Gesellschaft und damit auch einem besseren Opferschutz. Der lange Zeit vorherrschende Gedanke, dass es allein Sache des Täters sei, das Opfer zu entschädigen, sollte überwunden sein. Es gehört auch zu den Pflichten eines modernen Staates, die Interessen von Verbrechenopfern effizient wahrzunehmen und das Opfer bei seiner Rechtsdurchsetzung zu unterstützen. Dabei darf der Schutz des Opfers jedoch nicht dazu führen, den Beschuldigten in seinen Rechten unverhältnismäßig zu beschneiden. Die Verfolgung von Straftaten muss nach wie vor eine staatliche Aufgabe bleiben. Das Strafrecht unter dem Gesichtspunkt von Opferinteressen zu privatisieren birgt ein zu hohes Gefährdungspotential für den gesellschaftlichen Frieden.

Dies Entwicklungen in Europa und der Welt führen zu einer Europäisierung und Internationalisierung des Strafrechts, da bloß innerstaatlich ausgerichtete Strafrechtskonzepte untaugliche, weil überholte Steuerungsrezepte darstellen. Für Österreich gilt es daher, sich bei dieser europäischen Rechtsentwicklung mit seiner eigenen Strafrechtstradition selbstbewusst und konstruktiv einzubringen, damit daraus in Verbindung mit anderen Traditionen etwas Neues hervorgehen kann, das in dem positiv Erreichten wurzelt. Es gilt in diesem Zusammenhang, die Grundsätze eines grundrechtsorientierten Strafrechtssystems ohne Aufweichungen zu verteidigen.

Zu einem modernen und humanen Strafrecht gehört ebenso, den Zugang zum Recht in höchstem Maße zu gewährleisten. Wenn es Anzeichen gibt, dass sozial schwächere Personen ihre Rechte kaum durchsetzen können, sind effiziente Maßnahmen zu setzen, die einen gleichen und für alle möglichst einfachen Zugang zum Recht sicherstellen, um einer drohenden »Klassenjustiz« durch einen erschwerten Zugang zum Recht für sozial schwache Menschen entgegenzusteuern.

Vor diesem Hintergrund sollen in der Strafrechtspolitik folgende Leitsätze gelten:

- Gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik
- Strafrecht und Strafvollzug als ultima ratio
- Sicherheit durch (Re)sozialisierung von Straftätern
- Fundamentale Grundrechtsorientierung im Strafverfahren

- Wirksame und unbürokratische Hilfe für Verbrechenopfer
- Konstruktive Mitgestaltung bei der Europäisierung des Strafrechts im Sinne des Ausbaus der Grundrechte und des
- Abbaus von unsolidarischen Vorrechten
- Optimaler Zugang zum Recht für Beschuldigte und Opfer

Zeitgemäße Strafrechtspolitik verlangt eine intensive Nutzung des vorhandenen Wissens durch Kooperation mit VertreterInnen aus Strafrechtswissenschaft, Pädagogik, Psychologie, Psychiatrie, Soziologie, Kriminologie, Viktimologie, Sozialarbeit, Strafrechtsanwendung und Strafvollzug sowie der Betroffenen erforderlich.

## NOTWENDIGE VERÄNDERUNGEN VON STRAFBESTIMMUNGEN

### A) Harmonisierung der Strafsätze und Änderungen im Vermögensstrafrecht

Der Gewichtung von Gewalttaten (Leib und Leben, Freiheit und sexuelle Selbstbestimmung) muss im Vergleich zur Verletzung anderer Rechtsgüter besser Ausdruck verliehen werden. Deshalb sind die Vermögensdelikte anders auszugestalten. Solche, bei denen nicht zugleich die Rechtsgüter Leib/Leben oder Freiheit verletzt werden, sollten eine deutliche Anhebung der Wertgrenzen erfahren, in manchen Fällen soll die Abschaffung geprüft werden. Fälle schwerer Wirtschaftskriminalität sollten damit nicht bagatellisiert werden.

Darüber hinaus hat die allzu extensive Annahme des strafverschärfenden Merkmals der Gewerbsmäßigkeit zu einem Anstieg von U-Haft und (teil)unbedingten Freiheitsstrafen in Fällen mit relativ geringer Beute geführt. Die Qualifikation der Gewerbsmäßigkeit in der derzeitigen Form ist unangemessen, zumal der damit verbundene enorme Strafsatzsprung schon durch eine einzige Anlasstat zur Anwendung kommen kann. Insofern sollte die Gewerbsmäßigkeit als Qualifikation gestrichen werden. Sofern sie Voraussetzung für die Anwendung einer Strafnorm überhaupt ist, sollten dafür im Gesetz objektive Kriterien normiert werden.

Schiefelage zwischen Vermögensdelikten und anderen strafbaren Handlungen besteht zum Teil auch dadurch, dass das Gesetz Mindeststrafen vorsieht, die nur ausnahmsweise unterschritten werden dürfen. Deshalb soll bei weniger schweren Fällen unter Beibehaltung der Höchststrafen die verpflichtende Strafuntergrenze entfallen.

Die Definition der strafrechtlichen Tatbestände weist zum Teil einen hohen Grad der Unbestimmtheit auf. Die an sich sinnvolle Anpassungsfähigkeit von Deliktumschreibungen an neue Phänomene der Kriminalität kann mit dem Nachteil übermäßiger Interpretationsmöglichkeiten verbunden sein.

Diese Gefahr besteht insbesondere bei den Organisationsdelikten im Vorfeld des eigentlichen kriminellen Geschehens. Einzelfälle wie der sogenannte Wiener Neustädter »Tierschützer-Prozess« haben aufgezeigt, dass die Strafverfolgung in Fällen dieser Art in höchst problematischer Weise erfolgen und die Rechte der Betroffenen unverhältnismäßig und in unzumutbarem Ausmaß belasten kann. In den in Rede stehenden Deliktsbereichen sollten daher Präzisierungen der gesetzlichen Definitionen angestrebt werden, soweit dies nicht schon geschehen ist.

## **B) Strafrecht zum Schutz vor Gewalt im sozialen Nahbereich**

Gegen alle Erscheinungsformen von Gewalt im sozialen Nahbereich bedarf es effizienter Maßnahmen. Mit den Gewaltschutzgesetzen der vergangenen Jahre wurde ein umfassendes staatliches Schutzsystem etabliert. Doch nach wie vor zeigen sich in einigen Bereichen Schwachstellen bei der strafrechtlichen Verfolgung von Gewalttätern, beim Opferschutz und in der Täterarbeit.

Zwischen der Justiz und den involvierten Schutzeinrichtungen auf lokaler Ebene ist die Kooperation zu institutionalisieren. Im Bereich der Strafjustiz bedarf es verstärkter Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für das Verständnis für Traumatisierungsfolgen.

Defizite beim Opferschutz bestehen für mehrere Personengruppen, insbesondere für Gewaltopfer im ländlichen Raum und Migrantinnen, denen der Zugang zu Betreuungseinrichtungen oftmals erschwert ist. Hier sind strukturelle Verbesserungen nötig.

Im Bereich der Täterarbeit bedarf es – insbesondere für junge Täter – der Weiterentwicklung von täterbezogenen Maßnahmen sowie deren bundesweite Implementierung.

## **C) Strafrecht als Reaktion auf bestimmte Kriminalitätsformen**

Nach 40 Jahren ist es an der Zeit, das StGB und manche strafrechtlichen Nebengesetze zu entrümpeln. So sollten antiquierte Tatbestände (zB § 234 StGB: »Verringerung von Geldmünzen und Weitergabe verringerter Geldmünzen«) und manche politische Delikte (zB §§ 248: »Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole«) gestrichen werden. Weiters gehören die »Strafbestimmungen gegen den religiösen Frieden« (§§ 188 f StGB) überdacht bzw gehen allenfalls damit verbundene gravierende Störungen des öffentlichen Friedens ohnehin in der »Verhetzung« (§ 283 StGB) auf. Ferner entspricht auch die »Verletzung der Unterhaltspflicht« (§ 198 StGB) nicht mehr dem Ultima-ratio-Prinzip. Schließlich besteht bei den Sexualdelikten ein Reformbedarf im Hinblick darauf, dass seit 2004 das geschützte Rechtsgut nicht mehr die Sittlichkeit, sondern die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung des einzelnen ist.

Der notwendigen Entrümpelung steht mitunter eine Ausweitung des Strafrechts, bedingt durch neue Formen von Kriminalität und verstärkter internationaler Vernetzung, gegenüber. Dies gilt für den Bereich der Wirtschaftskriminalität ebenso wie für das Schlepperunwesen, den Menschenhandel, den internationalen Terrorismus oder den illegalen Waffenhandel.

Im Bereich der »Internetkriminalität« gibt es europaweit große Defizite bei der effektiven Bekämpfung solcher Kriminalitätsformen, da in allen Mitgliedsstaaten entsprechende Infrastrukturen fehlen. Auch wenn Kriminalität im Internet nur in Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und *Internet Service Provider* (ISP) erfolgreich bekämpft werden können, dürfen die ISPs nicht zu Kontrollloren des Internets gemacht werden. Es bedarf klarer und unmissverständlicher gesetzlicher Regelungen für die Herausgabe von Daten, Beweissicherung und Überwachung. Zur Sicherung der Grundrechte sollen für Aufforderungen zur Datenherausgabe stets gerichtliche Entscheidungen erforderlich sein.

Manchmal reicht es auch, bereits existierende Maßnahmen besser anzuwenden. Dies gilt etwa in Bezug auf die Vermögenskonfiskation, die eine unrechtmäßige Bereicherung wieder rückgängig machen soll (»Abschöpfung der Bereicherung«). Die strafrechtliche Effizienz im Bereich der »Entreicherung« ist drastisch zu erhöhen um den allgemeinen strafrechtlichen Grundsatz, dass sich Verbrechen nicht lohnen darf, zu stärken.



## VERÄNDERUNGSBEDARF BEI STRAFRECHTLICHEN REAKTIONEN UND IM STRAFVOLLZUG

### A) Gefängnisstrafe als letztes Mittel

Der Ultima-Ratio-Grundsatz bedeutet auch, dass die Gefängnisstrafe nur als letztes Mittel zur Anwendung gelangen kann, weil die Freiheit das höchste Gut ist. Freiheitsstrafen müssen daher sachlich geboten und im Interesse der Sicherheit erforderlich sein. Doch auch in solchen Fällen sollen Haftstrafen grundsätzlich nicht länger als erforderlich ausgestaltet werden.

In Fällen leichter und minderschwerer Kriminalität sollen Freiheitsstrafen durch andere Reaktionsformen des Strafrechts ersetzt werden, die rückfallsvermeidend und spezialpräventiv wirksam sind. Gerade im Bereich von Alternativen zu kurzen und mittleren Freiheitsstrafen wurde in den vergangenen Jahren viel erreicht (flächendeckende Einführung der Diversion; Möglichkeit, Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Leistungen zu ersetzen sowie kurze Freiheitsstrafen im elektronisch überwachten Hausarrest zu verbüßen). In diesem Zusammenhang sollten auch die Mittel für die Bewährungshilfe, und hier insbesondere für die Haftentlassenen- und Straffälligenhilfe deutlich aufgestockt werden.

Als Alternativen zur Sanktionierung in Fällen leichter und mittlerer Kriminalität kommen auch »Restorative Justice-Verfahren« in Betracht. Dabei werden Opfer, Täter und andere von der Straftat betroffene Personen aktiv an der Bearbeitung der Folgen der Straftat beteiligt. In einigen Ländern kommen sie gleichsam als erste Wahl in Jugendstrafsachen zur Anwendung.

### B) Veränderungsbedarf im Bereich des Strafvollzugs

Nach der Konzeption des StVG ist es das primäre Ziel des Strafvollzugs, den Verurteilten zu einer rechtschaffenden und den Erfordernissen des Gemeinschaftslebens angepassten Lebenseinstellung zu verhelfen. Es geht also nicht bloß um Verwahrung, sondern um aktives Bemühen zur Resozialisierung. Dazu bedarf es ausreichender personelle Ressourcen sowie hinreichender Therapiemöglichkeiten. Die Reform der konkreten Ausgestaltung des Strafvollzugs mit dem Ziel einer Verbesserung der Resozialisierungsmöglichkeiten könnte in verschiedene Richtungen gehen. Zu überlegen wäre z.B. eine Verstärkung des offenen Vollzugs oder der Halbgefängenschaft.

Die Resozialisierungschancen sollten durch bessere Möglichkeiten zu Schul- und Berufsausbildung verstärkt oder durch Förderung familiärer bzw anderer Kontakte, die der Resozialisierung dienlich sind, unterstützt werden. Da Strafgefangene nicht rechtlos sind, sollten auch die Beschwerdemöglichkeiten der Insassen verbessert werden.

Grenzüberschreitende Kriminalität bringt es mit sich, dass ein erheblicher Anteil an ausländischen Straftätern in österreichischen Gefängnissen einsitzt. Um auch diese Gefangenen hinreichend resozialisieren zu können, ist es erforderlich, die Chancen für das Fortkommen im eigenen Heimatstaat zu fördern. Darüber hinaus sollte das Bemühen verstärkt werden, auf eine Übernahme des Strafvollzugs durch den Heimatstaat hinzuwirken.

### C) Veränderungsbedarf im Bereich des Maßnahmenvollzugs

Seit Jahren steigen die Zahlen der im Maßnahmenvollzug untergebrachten Rechtsbrecher sowie deren Anhaltezeiten erheblich an. Lange Anhaltezeiten machen häufig Therapieerfolge wieder zunichte und Insassen unfähig, ihr Leben in der wieder gewonnenen Freiheit zu gestalten. Die Anhaltung sollte so lang wie erforderlich und so kurz wie möglich sein. Um eine möglichst geringe Stigmatisierung zu erreichen, sollte überdies der Begriff des »geistig abnormen« Rechtsbrechers durch den »psychisch kranken« Rechtsbrecher ersetzt werden.

Die zusätzlich zur Strafe verhängte zeitlich unbegrenzte Einweisung in eine Anstalt für psychisch kranke Rechtsbrecher sollte nur möglich sein, wenn für die Anlasstat eine unbedingte Freiheitsstrafe von zumindest drei Jahren verhängt wird und es sich um ein Delikt handelt, das die Rechtsgüter Leib/Leben und Freiheit betrifft.

## REFORMEN IM BEREICH DES STRAFVERFAHRENS

### A) Ermittlungsverfahren

Kernstück des reformierten strafprozessualen Ermittlungsverfahrens war die Reform des Rechtsschutzes im Ermittlungsverfahren. Durch einen umfassenden Beschuldigtenbegriff sollte ein generelles Einspruchsrecht an das Gericht gegen kriminalpolizeiliche und staatsanwaltliche Maßnahmen geschaffen werden. Auf Grund des Gewaltentrennungsprinzips

hat jedoch der VfGH 2011 die Rechtsschutzmöglichkeiten gegen autonome polizeiliche Handlungen eingeschränkt. Sofern unmittelbare Befehls- und Zwangsgewalt geübt wurde, können solche Handlungen zurzeit bei den UVs angefochten werden. Kommt keine unmittelbare Befehls- und Zwangsgewalt zum Einsatz besteht zurzeit keine Rechtsschutzmöglichkeit. Hier ist dringend eine Verbesserung des Rechtsschutzes erforderlich.

Da zudem aus empirischen Studien bekannt ist, dass ohne entsprechenden Rechtsbeistand diese Rechtsschutzmöglichkeiten nicht erhoben werden und zurzeit kein kostengünstiger Zugang zu solchen Rechtsbehelfen für sozial schwache Beschuldigte oder Opfer besteht, weil hierfür beispielsweise keine Verfahrenshilfe gewährt wird, sind auch hier Verbesserungen angebracht.

Empirische Studien haben gezeigt, dass eine effiziente Verteidigung wesentlich von einem frühen Zugang zur Verteidigung abhängt. Es bedarf daher einer verpflichtenden Aufzeichnung der Rechtsbelehrung vor der Beschuldigtenvernehmung. Für Beschuldigte in finanziell schlechten Verhältnissen braucht es die Möglichkeit, einen kostenlosen Rechtsbeistand bereits zur ersten polizeilichen Vernehmung zu erhalten, für die generell die Mitwirkungsrechte des Verteidigers gestärkt werden müssen.

## B) Hauptverfahren und Rechtsmittelverfahren

Erstes anzustrebendes Ziel sollte eine Zweiteilung der Hauptverhandlung in dem Sinne, dass zuerst über die Frage schuldig/nicht schuldig entschieden wird und erst nach einem Schuldspruch die für die Strafzumessung entscheidenden Tatsachen erörtert werden. Damit könnte zum einen ein schwieriges Verteidigungsdilemma beseitigt werden, zum anderen würde der Strafzumessung eine stärkere Bedeutung zukommen.

Prozessabsprachen gelten in Österreich als Tabu. Mehrfach hat die Rechtsprechung betont, dass solche Vereinbarungen ein amtsmissbräuchliches Handeln sind. Dennoch sind solche Absprachen heute in weitem Umfang Praxis. Diese Praxis bedarf jedoch eines Mindestmaßes an Regulierung. Die große Kronzeugenregelung brach bereits dieses strikte Verbot etwas auf. Vor diesem Hintergrund sollte auch ein neuer Anlauf zur Einführung verfahrensbeendender Prozessabsprachen zur Vermeidung aufwändiger Hauptverhandlungen gemacht werden. Das Institut der Geschworenengerichtbarkeit hat Tradition

und sollte nicht von vornherein über Bord geworfen werden – aber es braucht u. a. Verbesserungen bei der Auswahl der Geschworenen. Es ist die Möglichkeit zu schaffen, unqualifizierte Personen von Staatsanwaltschaft oder Verteidigung ablehnen zu lassen. Darüber hinaus sind die Geschworenen besser auf ihre Aufgabe vorzubereiten. Auch muss Wahrspruch der Geschworenen begründet werden.

Die vom OGH in nahezu freier Rechtsschöpfung geöffnete Möglichkeit, Grundrechtsverletzungen im Strafverfahren innerstaatlich anzufechten, ohne eine Entscheidung des EGMR abwarten zu müssen, ist ein guter Weg, um eine wirksame Beschwerdemöglichkeit zu haben. Diese Spruchpraxis ist ausdrücklich im Gesetz zu verankern und auf alle verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte auszudehnen.

## C) Opferschutz und Beschuldigtenrechte

Die Entschädigung des Opfers ist noch immer ungenügend geregelt. Der Täter ist oft zu einer ausreichenden Entschädigung nicht willens oder fähig. Es soll daher Aufgabe der Gesellschaft sein, als Solidargemeinschaft dafür zu sorgen, dass Verbrechensopfer bestmöglich entschädigt werden. Wissenschaftliche Untersuchungen über Bedürfnisse von Verbrechensopfern zeigen, dass Opfer an der Anerkennung der Opferrolle und der Opferrechte, an konkretem Schutz sowie Hilfestellung ein höheres Interesse haben als an der Bestrafung.

Um die Opferentschädigung faktisch zu unterstützen, sollte der Vorrang von Wiedergutmachungsansprüchen des Opfers durch Einräumung eines Exekutionsvorranges ähnlich dem von Unterhaltsansprüchen gesichert werden. Weil die Einbringung des Schadenersatzes beim Straftäter mitunter schwierig ist, sollte ein effektives Verbrechensopfer-Vorschussgesetz eingeführt werden. Für das Opfer soll das Recht auf eine abgesonderte kontradiktorische Vernehmung effizient durchsetzbar sein.

Mit der Einführung der Prozessbegleitung von Opfern im Jahr 2006 wurde in Österreich ein neuer Meilenstein gesetzt. Es gilt sie sicherzustellen und innerhalb bestimmter Grenzen auszubauen. So sollte etwa ein Anspruch auf psychosoziale und juristische Prozessbegleitung auch auf nicht verwandte Zeugen schwerer Gewalttaten ausgedehnt werden. Weiters sollte die Prozessbegleitung ein umfassendes sozialarbeiterisches Betreuungsangebot für alle Gewaltopfer sowie für Opfer von Raub und Einbruch enthalten.

Zu verbessern sind auch die finanziellen Entschädigungsmöglichkeiten. So ist bei einem Freispruch, wie in vielen Ländern bereits üblich, ein Ersatz für die gesamten Verteidigerkosten – zumindest laut Tarif – zu leisten. Dies sollte auch für eine Verfahrenseinstellung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen die Regel sein. Lediglich bei einer diversionellen Verfahrenserledigung soll kein Kostenersatz für die Verteidigerkosten zugesprochen werden. Sollte jemand unberechtigt in Untersuchungshaft einsitzen, sollte die dafür geleistete Entschädigung ebenfalls erheblich angehoben werden.

## ÜBERLEGUNGEN ZUM JUGENDSTRAFRECHT

Kinder und Jugendliche sind der Spiegel und die Zukunft unserer Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, in adäquate Rahmenbedingungen für die Zukunft unserer Kinder zu investieren. Im Bereich des Jugendstrafrechts sollten Haftstrafen nur ausnahmsweise eine Option sein. Nur in jenen wenigen Fällen, in den ein geschlossener Vollzug die einzig verbleibende Vollzugsform ist, hat ein solcher jedenfalls in räumlich vom erwachsenen Strafvollzug getrennten geschlossenen Einrichtungen zu erfolgen. Deswegen sind multidisziplinäre Einrichtungen und Betreuungen im Vorfeld auszubauen, um gefährdete Jugendliche wieder auf die richtige Bahn zu bringen. Um wirksam gegen Jugendkriminalität vorzugehen, muss bei Prävention mit Beratung und Sozialarbeit angesetzt werden, insbesondere an den Schulen.

Sollten Jugendliche straffällig werden, ist es wichtig, diesen eine zweite Chance zu geben. Dazu braucht es eine spezialisierte Jugendgerichtsbarkeit im Anschluss an Entwicklungen in anderen europäischen Staaten. Diese sollte in speziell qualifizierten Gerichten wie dem ehemaligen Wiener Jugendgerichtshof geschehen. In anderen Landesgerichten bzw. generell bei den Staatsanwaltschaften sollten eigene organisatorische Abteilungsgruppen für Jugendrichter bzw. Jugendstaatsanwälte geschaffen werden. In diesen Abteilungsgruppen ist jeweils eine echte Jugendgerichtshilfe aus professionellen Sozialarbeitern und Psychologen beizuordnen.

Zu modernisieren ist der Jugendstrafvollzug. Jugendfreiheitsstrafen sollten, zumindest wenn sie länger als drei Monate dauern, in gesonderten Abteilungen mit qualifizierter Betreuung vollzogen werden. Im Jugendstrafvollzug soll überdies ein Ausbau gelockerter Vollzugeinrichtungen stattfinden. Zur Reintegration sollte die Bildung im Jugendstrafvollzug einen besonderen Stellenwert haben.

## ÜBERLEGUNGEN ZUM SUCHTMITTELRECHT

Einen wesentlichen Anteil der Anzeigen und Verurteilungen in den vergangenen Jahren bilden Verstöße gegen das Suchtmittelgesetz. Dabei fällt vieles in den Bereich leichter bis mittlerer Kriminalität. Es gilt deshalb den Grundsatz »Therapie statt Strafe« in der Praxis zu stärken und weiterzuentwickeln.

Der Gedanke der Autonomie des Menschen sollte im Suchtmittelrecht dazu führen, den Grund für Strafbestimmungen in erster Linie in der Gefährdung der Volksgesundheit zu sehen.

Die Betonung des gesundheitlichen Aspekts im Suchtmittelbereich würde auch dazu führen, dass Patientinnen und Patienten, die Ersatzmedikamente zur Behandlung ihrer Sucht bekommen, primär als solche wahrgenommen werden. Vor diesem Hintergrund ist es auch erforderlich, ein Bekenntnis zur Substitutionstherapie abzulegen. Das zentrale Ziel muss dabei sein, Menschen mit ihrem Suchtproblem in ihrer jeweiligen Umwelt zu stabilisieren. Eine – häufig das Überleben sichernde – Stabilisierung kann vor allem auch dadurch erreicht werden, dass neben den medizinischen Maßnahmen der Zugang zu psychosozialen Maßnahmen erleichtert wird.

## SONSTIGES

### A) Reformen im Bereich von Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft

Die derzeitige Vertrauenskrise der Strafjustiz ist nicht nur Folge einer Thematisierung einzelner Verfahren durch Medien und Tagespolitik, sie ist auch Ausdruck struktureller Defizite in der Justiz. Die Justiz(organisation) und mit ihr die einzelnen Richterinnen und Richter bzw. Staatsanwältinnen und Staatsanwälte stehen nicht nur vor einem Quantitätsproblem im Hinblick auf die Anzahl der Verfahren und die nur schwer zu bewältigende Aufarbeitung von umfassenden Akten. Es gibt in zunehmendem Maße auch ein Qualitätsproblem.

Um das Qualitätsproblem in den Griff zu bekommen, wäre z. B. an die Schaffung einer Justizakademie zur Auswahl, Ausbildung und Fortbildung der Richterinnen und Richter bzw. Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zu denken.

Es ist ein transparentes und wirksames Kontrollsystem der Staatsanwaltschaften zu schaffen. Die bloße Möglichkeit einer Einflussnahme eines politischen Organs auf ein anhängendes

giges Verfahren soll begrenzt und die demokratiepolitisch unbedingt notwendige Akzeptanz der Anklagebehörde in einem Rechtsstaat untermauert werden. Am besten kann dies durch die Schaffung einer von der Parteipolitik unabhängigen Weisungsspitze der Staatsanwaltschaft gewährleistet werden. Der weisungsfreie Bundesstaatsanwalt soll vom Nationalrat auf Vorschlag des Hauptausschusses unter Einbindung der Ständevertretungen von Richtern und Staatsanwälten mit Zweidrittelmehrheit gewählt und für eine Amtsperiode von mindestens zwölf Jahren ohne Wiederbestellungsmöglichkeit ernannt werden. Er soll dem Nationalrat verantwortlich und diesbezüglich den Mitgliedern der Bundesregierung mit Ausnahme des Misstrauensvotums gleichgestellt sein.

## B) Europastrafrecht und Internationales Strafrecht

An der zunehmenden Europäisierung und Internationalisierung des Strafrechts hat sich Österreich aktiv und konstruktiv zu beteiligen. Dabei soll vor allem das Ziel verfolgt werden, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Im Rahmen der EU soll Österreich daran mitwirken, einen europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts aufzubauen. Die Steigerung der Effizienz der justiziellen Zusammenarbeit muss dabei stets mit der Absicherung der Grundrechte der Betroffenen einhergehen. Es sollen die Möglichkeiten des Lissabonner Vertrags zur Intensivierung der strafrechtlichen Zusammenarbeit genutzt werden. Dazu gehört vorrangig, dass die EU so rasch wie möglich der EMRK beitrifft und dass die in der EU-Grundrechtecharta verankerten Rechte bei der Ausführung von Unionsrecht umfassend geachtet werden.

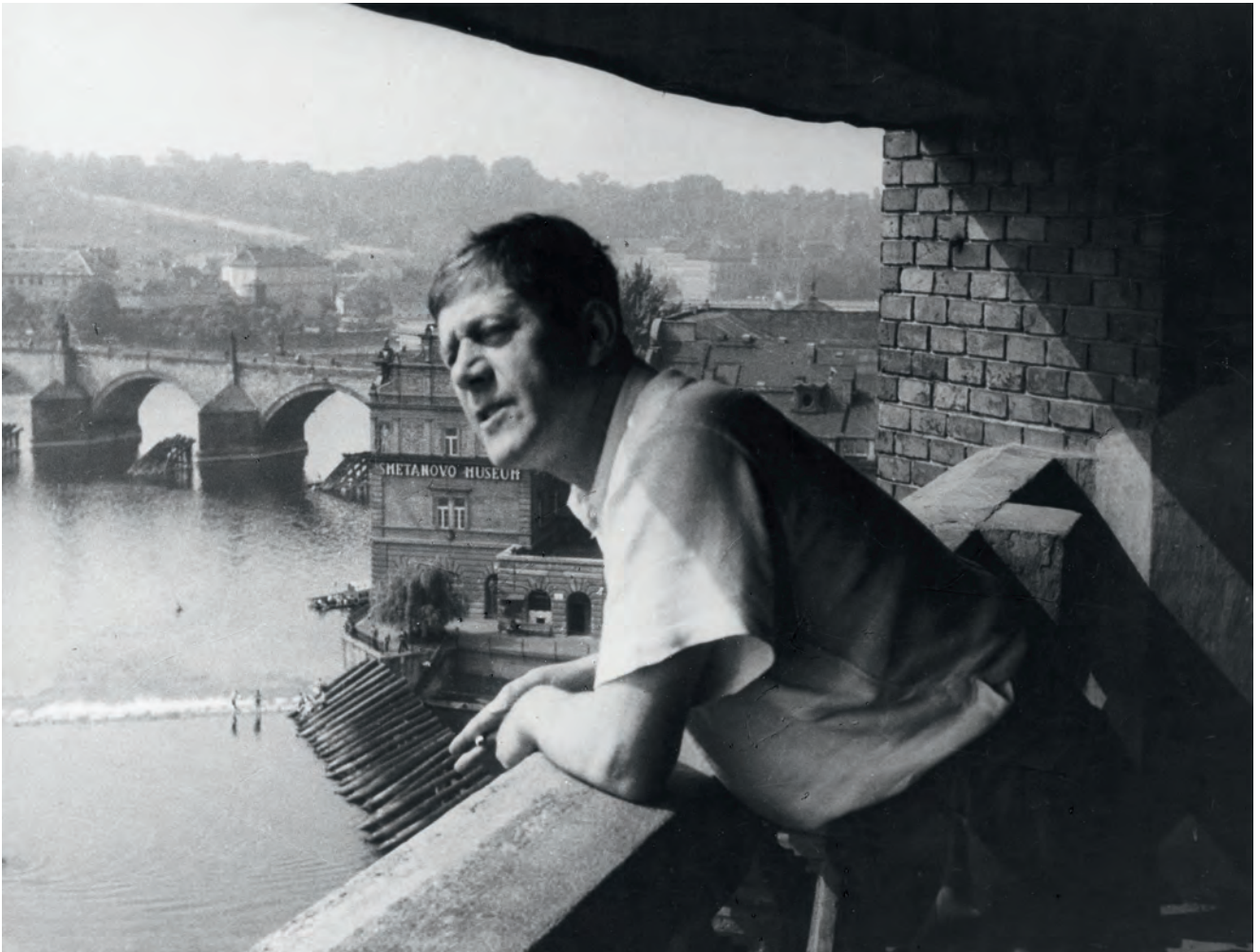
Außerdem sollte ein europäischer Sockel von harmonisierten Straftatbeständen geschaffen werden. Ein weiterer Bereich betrifft Mindeststandards im Bereich des Strafvollzugsrechts. Auch hier soll ein gemeinsamer europäischer Sockel entstehen, um in Haftfällen eine menschenrechtskonforme Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sicher zu stellen.

Die vielfältigen Anstrengungen des Europarates, südost- und osteuropäische Staaten an die menschenrechtlichen Standards für Strafverfahren heranzuführen, sind äußerst verdienstvoll und sollten von Seiten Österreichs nach Kräften unterstützt werden, auch durch personelle Verstärkung der Justizsysteme vor Ort.

Des Weiteren sollen die vom Europarat und den Vereinten Nationen ausgearbeiteten und von Österreich bereits unterzeichneten multilateralen Strafrechtsinstrumente zügig ratifiziert werden. Schließlich soll Österreich die Aktivitäten des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung insbesondere in jenen Bereichen nachdrücklich unterstützen, in denen auf eine weltweite Verbreitung wesentlicher strafrechtlicher Garantien hingearbeitet wird. 🍏

**HANNES JAROLIM**

ist Rechtsanwalt in Wien, Abgeordneter zum Nationalrat und Justizsprecher der SPÖ.



Oskar Kokoschka blickt vom Balkon seines Ateliers in Prag auf die Moldau, im Hintergrund die Karlsbrücke, 1936, Foto: verm. Olda Palkovska,  
© Universität für angewandte Kunst Wien, Oskar Kokoschka Zentrum



**Oskar Kokoschka's Arrival at Vienna Schwechat Airport, 1971**

© Universität für angewandte Kunst Wien / University of Applied Arts Vienna, Oskar Kokoschka-Zentrum © Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotos des Presse- und Informationsdienstes



Oskar Kokoschka, *Pieta* (Plakat für das Sommertheater in der Kunstschau), 1909  
© Leopold Museum, Wien, Inv. 2673

# Rot-Blau ante portas?

**Die in den Tagen** nach der Wahl verhalten einsetzende Debatte über die Möglichkeit rot-blauer Zusammenarbeit zeugen von innerparteilicher Hilf- und Orientierungslosigkeit. Sie liefern vor allem aber auch ein erschütterndes Bild mangelnder politischer Tiefe bei als progressiv geltenden intellektuellen »Ratgebern«, die nicht zum Kern der Sozialdemokratie zählen.

**W**er am Abend des 29.09.2013 in der SPÖ ausgelassen jubelte, konnte damit wohl nur die Freude über die zu Ende gehenden Wahlkampfstrapazen ausdrücken. Denn objektiv gibt es mit diesem Ergebnis wenig Grund zur Freude: Ja, die Sozialdemokratie ist neuerlich die stärkste der Parteien, und Michael »So bin ich eben« Spindelegger hat mit seiner nur mit fassungsloser Sprachlosigkeit zu verfolgenden Performance nicht nur einen Negativrekord der eigenen Partei, sondern auch eine möglicherweise nachhaltige weitere Zersplitterung des bürgerlichen Lagers bewirkt.

Aber mit dem schlechtesten Wahlergebnis der Geschichte ist das für die SPÖ nur sehr bedingt ein Grund zur Freude. Die schwersten Verluste waren ins NichtwählerInnenlager zu verzeichnen, aber auch die skurille Truppe des kanadischen Milliardärs kostete der Sozialdemokratie erheblich an Stimmen. Rund ein Viertel der sozialdemokratischen Stimmen ist allein seit dem Wiedereintritt in die Große Koalition 2006 verloren gegangen.

Die Mobilisierungs- und Begeisterungsschwäche der SPÖ ist besonders bitter, wenn man sich den Wahlkampf vor Augen führt: In diesem hat die Sozialdemokratie handwerklich professionell ihre Kernthemen platziert, wirkungsvoll unterstützt vom ÖVP-Obmann, der wirklich keine Gelegenheit ausgelassen hatte, die Vorhaben zu deponieren, mit denen er den ArbeitnehmerInnen die Butter vom Brot nehmen wollte, wenn man ihn nur liebe. Der Bundeskanzler zeigte sich in den TV-Duellen über weite Strecken von seiner rhetorisch stärksten Seite und mit den größten Hausbesuchsaktionen in zahlreichen Bundesländern zählte auch der »Ground War« zu

den engagiertesten, den die SPÖ in den letzten Jahrzehnten geführt hat.

Wenn trotz alledem die Mobilisierung, gerade unter den KernwählerInnen, nicht gelang, dann kann von dem bei vergangenen Wahlniederlagen stets bemühten »Kommunikationsproblemen« keine Rede sein. Wenn mit dieser Kommunikationsleistung das schlechteste historische Ergebnis eingefahren wird, dann zeigt das ein wirklich dramatisches politisches Glaubwürdigkeitsproblem auf: Die schönen Worte und Plakate finden offenbar keinen Glauben. Nach sieben Jahren Großer Koalition, in deren Zeit eine bis heute andauernde Wirtschaftskrise mit steigender Arbeitslosigkeit, wachsenden Lebenshaltungskosten und stagnierenden Realeinkommen fällt, reichen Überschriften offensichtlich nicht mehr aus, um unseren davon besonders betroffenen Kernschichten das Vertrauen zu geben, die Sozialdemokratie würde etwas an ihren Lebensumständen verbessern.

Das Ergebnis ist also alles andere als ein Auftrag, so weiterzumachen wie bisher: Fünf Jahre lang ohne eine substanziell spürbare Trendumkehr zu regieren, um dann ein halbes Jahr vor der Wahl die große soziale Auseinandersetzung zu plakatieren, die man in der Regierung nie erfolgreich geführt hat, macht keinen Eindruck mehr.

Dass es die ÖVP war, die das Gute und Schöne verhindert hat, scheint niemanden so recht zu interessieren, wenn auch wir federführend Regierungsverantwortung tragen. Es ist daher durchaus verständlich, wenn sich in der Sozialdemokratie die Stimmen mehren, die ein Dilemma darin sehen, sich der ÖVP »auszuliefern«, umso mehr als diese nach wie vor mit der



Alternative kokettiert, mit der FPÖ und dem Stronach-»Team«, oder dem, was davon übrig bleibt, zu koalieren.

Dieses Unbehagen, an der Seite der ÖVP auch die nächsten fünf Jahre weiter an Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Stimmen einzubüßen, ist also durchaus verständlich. Man muss klar sagen: Dass die FPÖ nicht bei diesen Wahlen schon stärkste Partei geworden ist, das ist nicht unserem Ergebnis, sondern zwei Milliarden geschuldet, die es aus durchaus unterschiedlichen Anliegen heraus wissen wollten. Eine schwarz-blaue Mehrheit wäre ohne dem Antreten von Stronach und den NEOS jedenfalls sicher gewesen.

### ZUR FPÖ ÖFFNEN, UM DIE ÖVP ABZUSCHRECKEN?

Die Sorge um die Schwäche der Sozialdemokratie und die als mangelhaft wahrgenommene Durchsetzungskraft in der Regierung scheint das Hauptmotiv jener innerparteilichen Stimmen zu sein, die in den Wochen nach der Wahl medial verlangten, sich eine Koalitionsoption mit der FPÖ nicht von vornherein zu verbauen und somit ein »Druckmittel« in den Verhandlungen mit der ÖVP zu behalten. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Ratlosigkeit angesichts des Wahlergebnisses in solchen Vorschlägen sichtbar wird.

Unabhängig von allen moralischen und sachpolitischen Überlegungen, die eine Zusammenarbeit mit der FPÖ ausgeschlossen erscheinen lassen, ist schon das taktische Moment nicht zu erkennen: Ein Beschluss des Bundesparteitag und das feste Versprechen Werner Faymanns, nicht mit der FPÖ zu koalieren, stünden dieser Regierungsform entgegen. SPÖ und FPÖ würden im Nationalrat über 92 von 183 Stimmen, also die denkbar knappste Mehrheit verfügen. Ein einziger Dissident, eine einzige Dissidentin in der FPÖ, der oder die keinen »sozialistischen Kanzler« will oder in der SPÖ, der oder die den Wort- und Tabubruch nicht mittragen wollte, ließe die Mehrheit verloren gehen.

Vor diesem Hintergrund wäre die Option von Koalitionsgesprächen mit der FPÖ eine so durchschaubar unglaubwürdige Drohgebärde, dass sie keinesfalls Eindruck auf die ÖVP in den Regierungsverhandlungen machen würde. Ganz im Gegenteil: Würde die Sozialdemokratie eine Koalition mit der FPÖ erwägen, so wäre das für die ÖVP-Spitze die willkommene Legitimation, alle innerparteilichen Bedenken über eine Koalition mit der EU-feindlichen Rabauken-Truppe beiseite zu wischen. Wenn mit der FPÖ zu koalieren eine allseits akzep-

tierte Option ist, warum dann nicht nach dem Kanzleramt greifen?

### BESSERE POLITIK MIT DER »SOZIALEN HEIMATPARTEI«?

Die Hoffnung, mit der rot-blauen Option Druck in Richtung auf die rot-schwarzen Verhandlungen auszuüben ist also theoretisch nachvollziehbar, praktisch aber völlig unreal. Zu den Stimmen, die eine Öffnung zur FPÖ als taktischen Kniff begreifen, gesellen sich aber auch Stimmen, die eine höhere sachliche Übereinstimmung mit der FPÖ als mit der ÖVP festmachen. In diesen Vorstellungen hat die FPÖ-Propaganda von der »sozialen Heimatpartei« offenbar voll eingeschlagen. Die EU- und Ausländer-Politik der FPÖ, so das Argument, sei natürlich schon grauslich, aber z. B. in der Sozialpolitik ergäben sich hohe Übereinstimmungen. Weil die FPÖ eben für eine gute Sozialpolitik stünde, halt nur für Inländer.

Dass diese Argumentation bei einzelnen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären verfangt, stellt unserer Politik kein gutes Zeugnis aus: Denn zum einen spricht aus solchen Debattenbeiträgen die Frustration darüber, dass die FPÖ in ihren Kampagnen einfach Forderungen aufgreift, die ursprünglich sozialdemokratisches Programm – in Abgrenzung zur schwarz-blauen Regierung – waren, unter Rot-Schwarz allerdings ad acta gelegt wurden. So steht z. B. die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren, für die wir 2006 und 2008 gewählt wurden, von der wir uns aber in der letzten Periode verabschiedet haben, seit neuestem wieder ganz oben im FPÖ-Wahlprogramm. Zum anderen zeugen solche Überlegungen von einem völlig verlorenen Vertrauen in die eigene politische Stärke.

Ob in Österreich gute oder schlechte Politik gemacht wird, hängt nach diesem Verständnis nie vom eigenen Handeln, sondern immer nur davon ab, was uns ein potenzieller Koalitionspartner »erlaubt«. Wenn Gesamtschule, Vermögenssteuer und ein mieterfreundlicheres Wohnrecht mit der ÖVP nicht gehen, dann, so wird in dieser Denkschule vertreten, sollen wir es halt mit der FPÖ probieren. Dabei wird vor allem eines übersehen: Dass die FPÖ allen sozialen Phrasen zum Trotz, mit denen sie in sozialdemokratischen Reservoiren zu demoralisieren versucht, eine rechte Wirtschafts- und Budgetpolitik vertritt. Die FPÖ lehnt Gesamtschule, Vermögenssteuer und ein mieterfreundliches Wohnrecht ebenso vehement ab wie die ÖVP. Mit der stets ominös bleibenden Verwaltungsreform und der Diskriminierung von Nicht-StaatsbürgerInnen

im Sozialsystem als einzige Finanzierungsvorschläge für die geforderten sozialen Wohltaten – die wie z.B. die »Familiensteuer« zutiefst reaktionär sind – zeigt sich, dass diese sozialen Versprechen in keiner Weise ernst gemeint sind.

### IN DER REGIERUNG »ENTZAUBERN«?

An dieser Stelle knüpft eine weitere Argumentationsschiene an: Die »Entzauberung« der FPÖ in der Regierung, die sich vor allem in der veröffentlichten Meinung einer bemerkenswerten AnhängerInnenenschaft erfreut. Bemerkenswert vor allem deshalb, weil zehn Jahre nachdem sich das erste Mal KommentatorInnen darüber ereifert haben, wie sehr Wolfgang Schüssel diese Entzauberung gelungen ist, die FPÖ abermals am Sprung zu Platz 1 steht. Es erweist sich einmal mehr die Richtigkeit von Karl Marx' berühmtem Diktum, dass sich die Geschichte einmal als Tragödie und einmal als Farce ereigne. So wie die ÖVP die Freiheitlichen »zu Tode umarmt« habe, könne das auch der SPÖ gelingen.

Dieser völlig apolitische Vergleich übersieht die damaligen Bruchlinien in der FPÖ, zwischen jenen, die einmal an die Regierung gekommen ernst machen wollten mit der »verantwortungsvollen« neoliberalen Agenda, und jenen, die angesichts schwindender Popularität um Mandate und Posten fürchteten. Wer wäre denn der beliebteste FPÖ-Minister, den Werner Faymann als Wahlkampfschlager für vorgezogene Neuwahlen aquirieren sollte? Herbert Kickl? Dagmar Belakowitsch-Jenewein? Harald Vilimsky? Soviel Realitätssinn sollte man sich bewahren: Wenn SPÖ und FPÖ koalieren sollten, dann wäre es nicht die FPÖ, die vom Zerfall bedroht wäre. In der größten Krise ihrer Glaubwürdigkeit den einzigen als unumstößlich geltenden Grundsatz aufzugeben, würde die SPÖ an den Rand einer existenzbedrohenden Spaltung führen.

### DER KAMPF UM ORIGINALITÄT

Während manche innerparteiliche Verwirrung aus dem Widerspruch zu erklären ist, im Wissen auch um Fehler und Schwächen der eigenen Partei so weitermachen wollen zu können wie bisher, und dafür vom Entgegenkommen eines neuen Koalitionspartners zu träumen, fehlt dem Autor dieser Zeilen für manche Gedankengänge und »Ratschläge« von als progressiv geltenden Intellektuellen jedes Verständnis.

Wenn aus dieser Ecke Rot-Blau propagiert wird, weil man ja angeblich im Kern sehr ähnliche WählerInnengruppen und Inhalte vertrete, dann scheint das Bedürfnis nach öffentlicher Aufmerksamkeit und Wahrnehmung als »origineller Tabubre-

cher« bedauerlicherweise über das Bemühen um Aufklärung und kritischen Diskurs gewonnen zu haben.

Das beginnt schon einmal bei der flapsigen Charakterisierung der angeblichen Ähnlichkeiten beider Parteien: Beide seien, so meint Oliver Jeges im »Standard«<sup>1</sup>, »antielitäre Arbeiterparteien, für massive Umverteilungen von oben nach unten, bankenskeptisch und sehen sich als Anwalt des »kleinen Mannes.« Wer von der FPÖ als »antielitäre Arbeiterpartei« spricht, scheint erfolgreich verdrängen zu können, dass die PR-trächtigste Parteiveranstaltung im Jahr ein Akademikerball ist, beim dem sich der burschenschaftlich organisierte Kern der freiheitlichen Funktionäreschaft ein Stelldichein gibt. Um diese Einengung des Parteikaders zu erkennen, braucht man nicht Analysen wie die von Andreas Peham in ZUKUNFT 07–08/2013 zu lesen – ein Blick auf die KandidatInnenliste genügt, um sich von der überproportionalen Dichte an Honoratioren und der völligen Absenz von ArbeitnehmerInnenvertreterInnen zu überzeugen.

Rätselhaft bleibt nämlich auch, woran die »massive Umverteilung von oben nach unten« festgemacht wird, die mit der FPÖ ein angeblich gemeinsames Anliegen bildet. »Vermögensbezogene Steuern«, deren Durchsetzung mit der FPÖ laut Joachim Riedl<sup>2</sup> leichter würde, werden von Strache jedenfalls strikt abgelehnt. Die »Bankenskepsis« und das Gerieren als Vertreterin des »kleinen Mannes« gehört wiederum zum inzwischen seit bald einem Jahrhundert bekannten und erprobten Inventar rechtsextremer Parteien. Ja, die »deutschnationale Nostalgiesekte«, die Riedl schon noch in der FPÖ beheimatet sieht, würde in der WählerInnenenschaft kaum für den Einzug in den Nationalrat reichen. Für die Besetzung von ein paar Dutzend Mandaten in ganz Österreich reicht sie aber allemal. Die Kunst des derzeitigen FPÖ-Obmanns besteht darin, über den tatsächlichen sozialen Charakter der FPÖ hinwegzutäuschen. Sich als kritischer Intellektueller an diesem Täuschungsmanöver zu beteiligen, erscheint aber mehr als nur unangebracht.

Die Bereitschaft, eigenes Wissen und Erinnerungen zu verdrängen, um vermeintliche Gemeinsamkeiten zu finden, geht soweit, dass es nach dieser Lesart plötzlich Jörg Haider und der »sozialpopulistische Einschlag« der FPÖ waren, die 2003 der Pensionsreform »noch ein paar Giftzähne« zogen.<sup>3</sup> Vergessen sind da offenbar nicht nur die größte Streikbewegung der Zweiten Republik, sondern auch der gut gemeinte, aber erfolglose Versuch Alfred Gusenbauers, Haider beim

1. <http://derstandard.at/1379292882286/Holt-die-FPOe-in-die-Regierung-jetzt>
2. <http://www.zeit.de/2013/41/oesterreich-wahlergebnis-koalitions-moeglichkeiten>
3. <http://blog.sektionacht.at/2013/10/keine-koalition-ohne-mitgliedervotum/>

Spargelassen von einem gemeinsamen Vorgehen gegen die schwarz-blauen Regierungspläne zu überzeugen.

Völlig in Vergessenheit geraten scheint auch die Aggressivität der Freiheitlichen gegenüber den ArbeitnehmerInnenvertretungen an sich: Der Bestellmodus im Hauptverband der Sozialversicherungsträger wurde solange geändert, bis der durch Wahlen legitimierte Gewerkschafter Hans Sallmutter für den bewährten Vertreter des »kleinen Mannes«, Reinhart Gaugg, Platz machen musste. Die Pensionsreform, deren Giftzähne angeblich Jörg Haider gezogen hatte, stammte aus dem Hause des FPÖ-Sozialministers. Und die Arbeiterkammer wollte FP-Klubobmann Westenthaler durch eine Beitragssenkung überhaupt aushungern und damit mundtot machen. Im aktuellen Wahlprogramm bleibt die FPÖ dieser Tradition übrigens treu: Denn die »Befreiung von Zwangsbeiträgen« heißt nichts anderes als die Durchlöcherung der Rechts- und Interessensvertretungen. Interessanterweise scheinen die WählerInnen dafür ein besseres Gespür zu haben, als die ExpertInnen: Unter Gewerkschaftsmitgliedern lag die SPÖ nach einer Befragung des Instituts Ecoquest rund 20 Prozentpunkte vor der FPÖ.

Mögliche moralische Einwände werden von vornherein vom Tisch gewischt und gleichzeitig ein paar anti-sozialdemokratische Ressentiments bedient, die zum einen aus einem tatsächlichen Politik-Versagen der SPÖ, zum Teil aber offenbar auch von klassistischen Vorurteilen herrühren: In der Ausländerpolitik, so der Vorwurf, habe die Sozialdemokratie der freiheitlichen Hetze nichts Substanzielles entgegengestellt. Und »die Genossen« und Gewerkschafter, sprich der »Prolo« schlechthin, ob rot oder blau, seien ohnehin Rassisten, ob die FPÖ in der Regierung sei, sei für die Politik daher nachrangig.


Diese Argumentation ist umso ärgerlicher, als der abstrusen »Mäßigungs«-Fantasie – in der Regierung werde sich die FPÖ ins Machbare fügen – das Wort geredet wird. Auf der einen Seite zu beklagen, dass der Rassismus ein Massenphänomen sei, auf der anderen Seite aber zu erklären, es mache für die Gesellschaft keinen Unterschied, ob die Partei, die in dieser Hinsicht seit Jahrzehnten das Klima vergiftet, in der Regierung sitze oder nicht, ist an innerer Widersprüchlichkeit kaum zu überbieten.

Umso mehr, als genau dieser Punkt im Kern ja eben keine moralische, sondern sehr wohl eine politische Frage ist: Die anti-humanistische Geisteshaltung der europäischen Asyl-

und Migrationspolitik, die nahezu täglich Flüchtlingsboote vor Europas Küsten ungerührt versinken sieht, zu geißeln, gleichzeitig aber so zu tun, als hätte die »Normalisierung« von Parteien wie der FPÖ keinen Einfluss darauf, ist bestenfalls weltfremd.

## WO SIND DANN DIE ALTERNATIVEN?

Es wurde bereits angesprochen: Die Ablehnung von Rot-Blau ist keinesfalls mit einem »Weiter so« gleichzusetzen. Es braucht vielmehr ein Bewusstsein dafür, dass das Hoffen auf den »gnädigen Koalitionspartner«, ob schwarz oder blau, in keinem Fall einen Ausweg darstellt. Die Sozialdemokratie muss verlorengegangenes Vertrauen wieder gewinnen. Sie muss unter Beweis stellen, dass sie das, was sie vor der Wahl plakatiert, auch nach der Wahl ernst meint. Wie das geht, hat sie eigentlich 2008, kurz vor den Wahlen, im Parlament bewiesen. Sie hat Mehrheiten für ihre Wahlversprechen gesucht und gefunden. Es ist kein Zufall, dass die Erinnerung an diesen Parlamentstag bis heute den Zorn des Mainstream-Journalismus und der ÖVP auf sich zieht. Haftete dem damals der Makel des »Wahlzucker«-Verdachts an, so wären gleichartige Initiativen jetzt, kurz nach der Konstituierung, in dieser Hinsicht unverdächtig. Vor allem würden sich dafür in einem ersten Schritt Gesetzesprojekte anbieten, die die soziale Situation verbessern, ohne den Staatshaushalt zu belasten: Von der Mietrechtsreform bis hin zu Verbesserungen im Arbeitsrecht (Arbeitgeber-Abgaben für Überstunden, Einschränkung von All-In-Klauseln) oder familienpolitischen Maßnahmen wie dem Papa-Monat in der Privatwirtschaft. Dabei sollte es nicht darum gehen, sich den Freiheitlichen oder anderen Parteien anzubiedern, sondern darum, die eigenen Vorschläge auf den Tisch zu legen und tatsächliche oder nur herbeigeschriebene inhaltliche Übereinstimmung offen zu legen.

Die Sozialdemokratie muss wieder lernen, sich selbst, ihre WählerInnen und ihre Grundsätze zu achten. Das kann sie weder in einer Koalition um jeden Preis, noch in einer »Zwangshe« mit der FPÖ, wie sie ihr Oliver Jeges nahelegt. Es wäre schön, wenn es so einfach wäre, den Vertrauensverlust mit einem Partnerwechsel stoppen zu können. Aber letztlich führt nichts am Kunststück vorbei, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Das, so fair muss man sein, wird das Parteipräsidium kaum alleine können. Umso mehr sollten die Gremien allerdings Wert darauf legen, die gesamte Partei für diese Herausforderung zu mobilisieren. 

LUDWIG DVOŘÁK ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



Oskar Kokoschka, Tre Croci - Dolomitenlandschaft, 1913  
© Leopold Museum, Wien, Inv. 624



**ANONYMER FOTOGRAF, Oida Palkovská laufend, 1935/36**  
© Universität für angewandte Kunst Wien / University of Applied  
Arts Vienna, Oskar Kokoschka-Zentrum

# Die EU gemeinsam verteidigen

**Caspar Einem plädiert** in seinem Beitrag für einen Paradigmenwechsel in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der auch Österreichs Sicherheitsarchitektur grundlegende Kursänderungen abverlangen würde.

## PROBLEMAUFRISS

1. Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise und der dadurch ausgelösten Budgetnöte verlangen neue Denkansätze in der Wahrnehmung traditioneller Staatsaufgaben, weil anders keine substanziellen Erfolge erzielt werden können.
2. Zu den traditionellen Staatsaufgaben zählen typischerweise die militärische Sicherheits- und die Verteidigungspolitik. In der Sicherheitspolitik besteht der Anspruch auf gemeinsames Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, wenn auch die Mittel von den Mitgliedstaaten von Fall zu Fall auf freiwilliger Basis zur Verfügung gestellt werden. Es soll im Folgenden allerdings nicht primär um Sicherheitspolitik gehen. Die Verteidigungspolitik zählt zu jenen Staatsaufgaben, die typischerweise mit dem Souveränitätsanspruch begründet und national bestimmt werden, wenngleich Zusammenarbeit in der EU angestrebt und im Rahmen der NATO von deren Mitgliedern vereinbart ist.
3. Debatten über die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU werden fast ausschließlich von militärischen und diplomatischen Experten in Insiderforen geführt und konzentrieren sich primär auf sicherheitspolitische Fragestellungen fernab von demokratischen Willensbildungsprozessen.
4. Gemeinsame Verteidigung setzt abgestimmte Beschaffung, Ausbildung und auf einander abgestimmte Finanzierung voraus. Tatsächlich gibt es in beiden supranationalen Verbänden (EU und NATO) zahlreiche Kooperationen bilateraler und multilateraler Art im Bereich der Ausbildung. Im Bereich der Beschaffung dominieren nationale industriepolitische Interessen und die Finanzierung erfolgt im Rahmen national abgestimmter Budgets. Damit bleibt die Effizienz des Mitteleinsatzes gering und jedenfalls weiter hinter den Möglichkeiten<sup>1</sup>.
5. Sowohl in der NATO als auch in der EU sind Ansätze entwickelt worden, die dem Ziel der besseren Abstimmung und des sparsameren Umgangs mit knappen Ressourcen dienen sollen (smart defence; pooling and sharing)<sup>2</sup>. Sie werden allerdings von den jeweiligen Mitgliedstaaten nur halbherzig und vielfach bloß bilateral umgesetzt und bringen kaum nennenswerte Ersparnisse oder Fortschritte in der Kompatibilität der Gerätschaften<sup>3</sup>.
6. Von den EU-Mitgliedstaaten werden jährlich etwa 190 Mrd. Euro für Zwecke der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik aufgewendet<sup>4</sup>, die EU-MS verfügen über etwa 2,7 Millionen Soldaten, mehr als 35.000 gepanzerte Fahrzeuge<sup>5</sup> usw. und sind dennoch im Falle sicherheitspolitischer Einsatznotwendigkeiten auf die Hilfe der USA angewiesen.
7. Die USA haben deutlich zu erkennen gegeben, dass sie in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Orientierung eine Schwerpunktverschiebung vom Atlantik zum Pazifik vornehmen werden. Europa wird sich daher sowohl in der Sicherheitspolitik als auch in der Verteidigung in die Lage versetzen müssen, die eigenen Interessen selbst zu schützen bzw. wirksam zu verfolgen.
8. In Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit in Europa teilweise erschreckende Ausmaße angenommen hat, die Sozialleistungen zurück gefahren werden und die Budgets konsolidiert werden müssen, wird zusätzlicher Aufwand für militärische Zwecke demokratisch nicht ohne weiteres

legitimiert werden können. Es ist daher Zeit, neue Ansätze zu denken.

## ERSTE ÜBERLEGUNG: AUSSENGRENZEN

Von den 28 Mitgliedstaaten der EU unterhalten 27 Armeen, die immer noch zu einem wesentlichen Teil auf die Verteidigung der territorialen Integrität der jeweiligen Staaten ausgelegt sind. Das ist im Lichte der Tatsache, dass die meisten der angrenzenden Staaten ebenfalls EU-Mitgliedsstaaten sind, absurd. Während die Gesamtlänge der Landaußengrenzen der 28 EU-MS 43.183 km beträgt, hat die EU selbst eine Landaußengrenze von lediglich 12.479 km oder 28,9% der Außengrenzen ihrer Mitglieder. Freilich kommen da noch die Seegrenzen dazu, die die EU und ihre Mitgliedsstaaten gemeinsam haben und die insgesamt 68.086 km lang sind. Das bedeutet aber, dass die EU-Außengrenzen gesamt nur 80.547 km lang sind, die der Mitgliedsstaaten jedoch 111.239 km.<sup>6</sup>

Unterstellt man durchschnittlich gleiche Verteidigungsinteressen, die auch denselben durchschnittlichen Aufwand zur Verteidigung der jeweiligen Außengrenzen umfassen, dann käme die EU mit 72,41% des Verteidigungsaufwandes der Mitgliedstaaten zu ihrer Verteidigung aus. Das wären 136,85 Mrd. Euro pro Jahr statt 189 Mrd. Euro. Ersparnis mehr als 52 Mrd. Euro – jährlich!

Gesichtspunkte der unterschiedlichen sicherheitspolitischen Exponiertheit etwa der Atlantikküste oder des Mittelmeeres, der Grenzen zur Schweiz und zu Norwegen oder zu Weißrussland, Russland usw. bleiben dabei noch vollkommen unberücksichtigt.

## ZWEITE ÜBERLEGUNG: VERTEIDIGUNG

52 Milliarden Euro für die Aufgabe der nationalen Souveränität? Das ist eine heikle Frage. Sie rechtfertigt einen zweiten Blick auf den Inhalt des Souveränitätsanspruchs: Die Verteidigung der eigenen Bürger und Bürgerinnen, der Grenzen des Landes, seiner materiellen und ideellen Integrität sei unverzichtbare Pflicht des Nationalstaates. Die Aufgabe dieser Pflicht oder deren Abgabe an supranationale Verbände sei mit der Souveränität nicht vereinbar. Bleibt bloß die Frage, welcher Mitgliedsstaat der EU heute in der Lage wäre, diese Verteidigung allein wirksam sicher zu stellen. Bei näherem Hinsehen erweist sich dieser Souveränitätsanspruch als bloße Illusion.

Ebensolche Illusion ist es, darauf zu bauen, dass im Falle eines Falles jedenfalls die USA zur Verfügung stehen würden, um die sonst schutzlosen Staaten in Europa und ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Wenn Verteidigung in Europa sichergestellt werden soll, dann kann dies nur durch Europa selbst geschehen und ist auch nur dann wirksam leistbar, wenn die Kräfte gebündelt werden<sup>7</sup>.

Um diese Bündelung sicher zu stellen bedarf es zweierlei: Zum einen muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass die staatliche Schutzverpflichtung für die je eigenen Bürger bestehen bleibt, auch wenn sie innerhalb der jeweiligen nationalen Möglichkeiten nicht erfüllbar ist. Das heißt aber, dass die Staaten auch weiterhin verpflichtet sind, diesen Schutz dann eben anders, etwa über gemeinsame Einrichtungen zu gewährleisten.

Und zum anderen, mehr operativ gewendet, bedarf es nun eines top-down-Ansatzes. Der Europäische Rat, die europäischen Staats- und Regierungschefs sind im Dezember 2013 aufgerufen, aus den traditionellen Gleisen des verantwortungslosen Fortwurstelns wie bisher auszubrechen und Vorgaben zu formulieren, die drei Zielen gerecht werden:

- Gewährleistung substanzieller Ersparnisse gegenüber dem heutigen Aufwand von etwa 189 Mrd. Euro pro Jahr durch Abbau von Militärstrukturen und Mannschaften, die noch Konzepten des Kalten Krieges bzw. der Zeit vor EU-Mitgliedschaft (Landesverteidigung an EU-Binnengrenzen) entsprechen.
- Planung der Europäischen Verteidigung unter der Annahme, dass alle in der EU zur Verfügung stehenden nationalen Kräfte und Einsatzmittel<sup>8</sup> zentral disponiert werden können. Auf diese Weise werden Einsparungspotentiale sichtbar und greifbar.
- Übergang zur gemeinsamen Beschaffung von militärischem Material einschließlich Software ab einem Beschaffungswert von 20 Mio. Euro durch die European Defence Agency (EDA). Geht es um die Beschaffung von Rüstungsgütern, die bisher gar nicht oder aus gesamt-europäischer Sicht nicht ausreichend vorhanden sind<sup>9 10</sup>, um gemeinsame verteidigungs- oder sicherheitspolitische Einsätze bewältigen zu können, sollten die Anschaffungen auf europäischer Ebene erfolgen<sup>11</sup> und die Kosten über den Beitragsschlüssel der MS aufgeteilt und getragen werden<sup>12</sup>.

### DRITTE ÜBERLEGUNG: SICHERHEITSPOLITIK

Schon gegen das *pooling&sharing* wehren sich die Mitgliedsstaaten der EU und verhindern ein höheres Maß an ökonomischer Effizienz und militärischer Effektivität, indem sie an dem Anspruch festhalten, allein über die Belange ihrer Streitkräfte zu entscheiden, obwohl sie – oder vielleicht weil sie – über die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit Bescheid wissen<sup>13</sup>. »Bei einem Mehr an Gemeinsamkeit fürchten alle Partner drei »Multilateralismusfallen«: in einem Einsatz allein gelassen zu werden, weil ein Partner seine Truppen zurück zieht; nicht in den Einsatz gehen zu können, weil ein Partner mit wichtigen Fähigkeiten nicht teilnimmt; als Teil der Gemeinschaft jenen das Trittbrettfahren zu ermöglichen, die keine eigenen Beiträge zur Sicherheit leisten.«<sup>14 15</sup>

Was zeigen die jüngsten Beispiele von Einsätzen? Mali und Libyen, Einsätze vor der Tür der EU, waren nur möglich, weil es jeweils gelungen ist, sich der Unterstützung der USA zu versichern, worauf sich die EU-MS offenbar lieber verlassen, als auf einander. Eines bleibt jedenfalls bestehen: Die Zeiten, in denen ein einzelner Mitgliedsstaat der EU allein entscheiden konnte, ohne Partner eine Militäroperation *out of area* durchzuführen, sind wohl vorbei. Das gilt auch für die einzigen beiden EU-MS mit Einsatzarmeen (Frankreich und UK). Es ist daher Zeit, daraus Konsequenzen zu ziehen.

### VIERTE ÜBERLEGUNG: EINE STRATEGIE FÜR DIE EU

Hier soll nicht der Eindruck erweckt werden, es ginge bei dem immerhin denkbaren Einsparungspotential aus den gegenwärtigen Ausgaben für Zwecke der militärischen Sicherheitspolitik und Verteidigung um bloße Entlastung der nationalen Budgets. Vielmehr geht es sowohl um Entlastung der Budgets als auch um den Bürgerinnen und Bürgern in Zeiten der Finanz- und Budgetkrise zumutbare Investitionen. Diese Investitionen sollen sowohl zur Verteidigungsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten, als auch dazu beitragen, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU in die Lage zu versetzen, nötigenfalls auch alleine handeln zu können. Hier zeigt sich eine Chance, endlich zu tun, was zwar schon mehrfach beschlossen, aber bisher mangels Geld nicht umgesetzt wurde.

In einem *Egmont Security Policy Brief* schlagen die Autoren einen permanenten strukturierten Dialog über nationale Verteidigungsplanung unter der Ägide des Europäischen

Rates vor, um so Vertrauen zwischen den Akteuren zu bilden. Wenn dies gelungen sei, dann könnten sie vertrauensvoll entscheiden:

- »To focus their national defence effort on a reduced range of fully employable capabilities;
- To scrap redundant capabilities;
- To use the full potential for Pooling & Sharing that will rapidly emerge from their dialogue;
- In order to create budgetary space to invest in the major new collective projects to acquire strategic enablers.«<sup>16</sup>

Während die hier angeführten Schritte Mittel frei spielen sollen, bedarf es andererseits aber einer breiteren strategischen Reflexion auf europäischer Ebene, welches Ambitionsniveau Europa als »security provider« anstreben will. Die Autoren des Egmont Briefs schlagen eine Strategie für 2025 und danach vor, um jetzt mit den entsprechenden Maßnahmen zu beginnen, die die EU dann in die Lage versetzen, ihren Ambitionen zu entsprechen.<sup>17</sup>

### FÜNFTE ÜBERLEGUNG: NATO UND GSPV

Der erwartbare Einwand, der versuchte, den Themenkomplex »Verteidigung« unter Hinweis auf den Umstand, dass diese Aufgabe für deren Mitglieder im Rahmen der NATO gelöst werde, auszuklammern, verkennt zweierlei:

Erstens geht es beim Aufwand für militärische Zwecke immer um beides: Verteidigung und Sicherheitspolitik. Es geht aber in der Durchsetzung entsprechender Budgets darum, die jeweilige Bevölkerung für die verfolgten Ziele zu gewinnen. Und dabei wird in den meisten Mitgliedstaaten der Aspekt der jeweils eigenen Sicherheit der Bevölkerung im Vordergrund stehen bzw. stehen müssen. Zumindest in demokratisch verfassten Staaten mit einiger Erfahrung mit Kriegen (aufschlussreich ist da ein Blick auf den Aufwand pro Kopf für Landesverteidigung in Finnland, Estland und Griechenland<sup>18</sup>), die auch das eigene Land in Mitleidenschaft gezogen haben, müssen die erforderlichen Mittel primär über das Feld der »Landesverteidigung« legitimiert werden.

Nur in einer Minderheit der Mitgliedstaaten mit entsprechenden Traditionen können Militäraufwendungen auch mit überregionalen Aufgaben des jeweiligen Staates begründet und hinreichend demokratisch legitimiert werden (z.B. Großbritannien und Frankreich).



Und zweitens können die Mittel für Zwecke der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur jeweils einmal aufgewendet werden. Dieser Umstand spricht nicht dafür, den Themenkomplex Landesverteidigung der NATO-Mitglieder unter den EU-Mitgliedern auszuklammern, sondern nur dafür, volle Kompatibilität in der Ausrüstung, der Ausbildung anzustreben und die Beschaffung marktwirtschaftlich, das heißt wettbewerblich zu organisieren. Dabei zeigt sich, dass es außerordentlich zweckmäßig wäre, entsprechende Forschung gesamteuropäisch zu forcieren und zu finanzieren, um nicht einseitig von den USA auch in dieser Hinsicht abhängig zu sein.

## SECHSTE ÜBERLEGUNG: SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK NICHT DEN EXPERTEN ÜBERLASSEN


Ich habe weiter oben bereits darauf hingewiesen, dass die Frage, welcher Aufwand für militärische Zwecke durchsetzbar ist, in demokratisch verfassten Staaten vor allem Transparenz und ehrliche Begründungen braucht. Nun ist aber Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den meisten EU-Mitgliedsstaaten nicht gerade ein Top-Thema des öffentlichen politischen Diskurses. Ich gehe allerdings davon aus, dass Bürgerinnen und Bürger weit weniger Probleme mit verdünnter nationaler Souveränität haben, als ihre Staatenlenker, insbesondere wenn ein aufgeklärter Diskussionsprozess die Fakten deutlich macht: Dass ernst zu nehmende Verteidigung durch keinen Mitgliedsstaat der EU je allein sicher gestellt werden kann, dass gemeinsame Verteidigung nicht nur effektiv sein kann, sondern auch billiger und dass es erkennbare Interessen der Menschen in Europa gibt, die allenfalls militärische Einsätze außerhalb Europas erfordern können.

Kurz: um manche der hier angesprochenen Probleme lösen zu können, muss das Themenfeld Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU der ausschließlich Diskussion unter Experten entwunden werden. Es bedarf dringend eines breiten öffentlichen Diskurses zu den Fragen der Sicherheit der Bürger durch Verteidigungsbemühungen und der Sicherung der Interessen der Menschen in der EU durch Sicherheitspolitik.

## CONCLUSIO

Europa, die EU-Mitglieder und die EU stehen in mehrfacher Hinsicht an einem Wendepunkt, wirtschaftlich und was die Bedeutung der EU in der Welt angeht. An einem Wendepunkt reicht »weiter wie bisher« nicht, da braucht es grundlegende Entscheidungen. Nicht aktiv zu entscheiden bedeutet, den

eigenen Bedeutungsverlust hinzunehmen. Auch das ist eine implizite Entscheidung.

Hier ist der Versuch unternommen worden, den Gedanken, Europa gemeinsam zu verteidigen (und die EU in die Lage zu versetzen, ihre Interessen nötigenfalls gewaltsam verfolgen zu können) wenigstens zu denken. Ebenso wie es darum geht, Europa wirtschaftspolitisch gemeinsam zu verteidigen, geht es darum die Finanz- und Budgetkrise für einen Sprung über die nationalen Souveränitätsschatten im Bereich der Sicherheits- und vor allem der Verteidigungspolitik zu nutzen. Im Bereich der Ausgaben für Landesverteidigung liegt das größte Einsparungspotential. Gemeinsame Verteidigung würde nicht nur gemeinsame Nutzung vorhandener Potentiale erlauben, sondern auch Mittel für jene Beschaffungen freispielen, die erst die Handlungsfähigkeit der EU ermöglichen, und gleichzeitig einen Beitrag zur Budgetsanierung leisten. 

## CASPAR EINEM,

langjähriger Chefredakteur der ZUKUNFT, gehörte der österreichischen Bundesregierung 1994 – 1999 als Staatssekretär, als Innen- und als Verkehrs- und Wissenschaftsminister an und war als Europasprecher der SPÖ im Nationalrat Mitglied des EU-Verfassungskonvents.

1. Vgl. dazu die knappe und präzise Beschreibung der unabgestimmten Sparprozesse in NATO- und EU-Staaten etwa bei Charles Barry and Hans Binnendijk: Widening Gaps in U.S. and European Defense Capabilities and Cooperation, in: Transatlantic Current der National Defense University, July 2012
2. Vgl. etwa die key note von General Hakan Syrén, dem Chairman des EU Military Committee vom 19. 9. 2012 »Facing Realities – In Search of a more European Mindset«
3. Vgl. etwa Stiftung Wissenschaft und Politik: European Defence Monitoring, 31. August 2012, S 7
4. aaO, S 13
5. aaO, S 6. Die Studie verweist auch auf den Bestand an 260 Infanteriebataillonen.

6. Bedenkt man zudem, dass Deutschland, Frankreich und Italien landseitig lediglich eine EU-Außengrenze zur Schweiz haben, Finnland und Schweden zumindest eine lange EU-Außengrenze zu Norwegen und Österreich eine immerhin etwa 200 km lange EU-Außengrenze zur Schweiz und zu Liechtenstein dann reduziert sich die militärisch sicherheitssensible EU-Außengrenze (landseitig) auf 8.281 km
7. Marcel Dickow, Hilmar Linnenkamp und Christian Mölling schlagen dazu bereits im SWP-Aktuell im Juli 2012 vor, unter dem Druck der knappen Kassen ein Umdenken einzuleiten und etwa gemeinsame europäische Luftverteidigungsstreitkräfte einzurichten. SWP-aktuell Nr. 40, Juli 2012, S 2
8. Vgl. SWP: European Defence Monitoring, S 23. Hier wird auf a) das Potential der gemeinsamen und besseren Nutzung der etwa 2200 Transport- und Multifunktionshubschrauber der EU-MS verwiesen
9. Vgl. SWP: European Defence Monitoring 2012, S 6, wo beispielsweise auf das Fehlen von »key enablers (tankers)« und »forces (amphibious units)« hingewiesen wird.
10. Der Bericht des Berichterstatters Krzysztof Lisek des außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments über den Einfluss der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor der EU-MS vom 30. 11. 2011 nennt in diesem Zusammenhang: »transport helicopters, air-to-air refuelling, maritime surveillance, unmanned vehicles, protection against chemical, biological, radiological and nuclear risks, countering improvised explosive devices (IEDs), satellite communication, command and control systems, and intelligence, surveillance and reconnaissance (ISR) sensors and platforms, including alternatives to satellite systems ...« (Erwägungsgrund 20.)
11. Im o.a. Bericht von K. Lisek wird dazu als erstes »joint ownership« vorgeschlagen (Erwägungsgrund 23.)
12. Einen anderen Vorschlag unterbreitete General Syren. Die Mitgliedstaaten sollten zunächst je 5% ihrer laufenden Ausgaben für Verteidigung für gemeinsame europäische Zwecke widmen und diesen Prozentsatz in den nächsten Jahren schrittweise erhöhen. Vgl. Olivier Jehin: Common Security and Defence Policy, in: Strategie und Sicherheit 2013, Wien, Köln, Weimar 2013, S 105
13. Im vorbereitenden Papier der EDA für das Treffen der Defence Policy Directors in Vilnius am 3. und 4. Juli 2013 wird diese Erkenntnis noch als wichtiges Thema für den Europäischen Rat im Dezember vorgeschlagen: Als key themes/main messages als zweiter Punkt »A recognition of interdependence«..., EEAS and EDA non paper, 28. 6. 2013
14. Christian Mölling: Pooling and Sharing in EU und NATO, SWP-Aktuell 25, Mai 2012, S 3
15. In der Zusammenfassung einer Diskussion unter den Auspizien des European Union Military Committee (CEUMC) wird neben dem Hindernis der »nationalen Souveränität« für engere Kooperation »lack of trust« angeführt. »Some mistrust stems from competition between national defence industries«: Letter CEUMC 162/13 Annex 1 vom 1. 3. 2013
16. Sven Biscop und Jo Coelmont: Military Capabilities: From Pooling and Sharing to a Permanent and Structured Approach, Egmont Security Policy Brief No. 37, September 2012, S 2
17. aaO, S 3
18. Diese Länder liegen mit ihren Verteidigungsbudgets pro Kopf der Bevölkerung zwar nicht an der Spitze der EU-MS – die wird vom UK mit 753,- € gehalten, aber doch deutlich über dem Durchschnitt: Estland, ein noch armes Land wendet 308,- €, Finnland 463,- € und Griechenland 415,- € pro Kopf der Bevölkerung für Landesverteidigung auf (eigene Berechnung).



WENZEL WEIS, Oskar Kokoschka mit kahrlasiertem Kopf, 1909  
© ÖNB / Wien, Pf 2783: D

der Mitwelt mit Gewalt als Wirklichkeiten aufzuschwächen versuchen, oder ihr gar als „Kunst“ vorsetzen wollen.

Nein, hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder diese sogenannten „Künstler“ sehen die Dinge wirklich so und glauben daher an das, was sie darstellen, dann wäre nur zu untersuchen, ob ihre Augenfehler entweder auf mechanische Weise oder durch Vererbung zustande gekommen sind. Im einen Fall tief bedauerlich für diese Unglücklichen, im zweiten wichtig für das Reichsinnenministerium, das sich dann mit der Frage zu beschäftigen hätte, wenigstens eine weitere Vererbung derartiger grauenhafter Sehstörungen zu unterbinden. Oder aber sie glauben selbst nicht an die Wirklichkeit solcher Eindrücke, sondern sie bemühen sich aus anderen Gründen, die Nation mit diesem Humbug zu belästigen, dann fällt so ein Vergehen in das Gebiet der Strafrechtspflege... Es interessiert mich dabei auch nicht im geringsten, ob sich diese Auch-Künstler die von ihnen gelegten Eier dann gegenseitig begucken und damit begutachten oder nicht! Denn der Künstler schafft nicht für den Künstler, sondern er schafft genau so wie alle Anderen für das Volk! Und wir werden dafür Sorge tragen, daß gerade das Volk von jetzt ab wieder zum Richter über seine Kunst aufgerufen wird.

---

**D**urch bewußte Verrücktheiten sich auszuzeichnen, um damit die Aufmerksamkeit zu erringen, das zeugt nicht nur von einem künstlerischen Verfallen, sondern auch von einem moralischen Defekt.

Der Führer  
Reichsparteitag 1935.

---



### Welche von diesen drei

Zeichnungen ist wohl eine Dilettantenarbeit vom Insassen eines Irrenhauses? Staunen Sie: Die rechte obere! Die beiden anderen dagegen wurden einst als meisterliche Graphiken Kokoschkas bezeichnet.





**RENÉ BURRI, Oskar Kokoschka vor seinem Selbstbildnis von zwei Seiten in Villeneuve, um 1955**  
© Universität für angewandte Kunst Wien / University of Applied Arts Vienna, Oskar Kokoschka-Zentrum © René Burri/Magnum Photos

# Wie kommt die Sozialdemokratie wieder aus der Defensive?

**Erich Fröschl** hat für die ZUKUNFT anregende Gedanken des britischen Sozialwissenschaftlers Colin Crouch näher beleuchtet.

**D**er britische Politikwissenschaftler Colin Crouch, der an der Universität Warwick *Governance* und *Public Management* lehrt, hat uns in den letzten Jahren drei Bücher vorgelegt: »Post-Demokratie« (2008), »Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus« (2011) und kürzlich im Passagen Verlag die Aufsatzsammlung »Jenseits des Neoliberalismus – ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit« (2013). In allen drei Büchern wird ein Thema variiert, das die gesellschaftliche Entwicklung in einer neoliberal-kapitalistischen Welt dominiert: die Frage, ob unter der zunehmenden Dominanz globaler Unternehmen soziale Gerechtigkeit und Demokratie überhaupt noch wirksam organisiert werden können oder ob wir uns bereits in einem Zustand sogenannter »Postdemokratie« befinden, in dem die Handlungsspielräume für Parteien und soziale Bewegungen, die Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie als politische Kernziele haben, immer enger und die Möglichkeiten zur Korrektur der Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus immer reduzierter werden.

Ein Kernthema in »Postdemokratie« ist, dass das Ungleichgewicht zwischen der dominierenden Rolle der Interessen der Unternehmen und aller übrigen Gruppen der Gesellschaft die Ursache für den Niedergang der Demokratie bildet und tendenziell zu einem Rückfall in vordemokratische Zeiten führt, in denen Politik eine Angelegenheit geschlossener Eliten war. Diese Veränderungen sind nach Crouchs Ansicht so massiv, dass keine wesentliche Wende in Sicht ist. Er versinkt aber darob dennoch nicht in Pessimismus, sondern skizziert Möglichkeiten, diese scheinbar unaufhaltsame Fehlentwicklung zu korrigieren. Für diesen Zweck sollten – so Crouch – gemäßigt linke Parteien und soziale Bewegungen noch wesentlich stärker als bisher kooperieren, mit dem Ziel, die Unterneh-

men daran zu hindern, in einem Ausmaß politische Macht auszuüben, die nicht mehr mit demokratischen Prinzipien vereinbar ist. Dabei sollte man sich nicht von den Unternehmerorganisationen bluffen lassen, wonach dies unmöglich sei, weil man einem so »regulierten« Kapitalismus seine Dynamik raube.

Auch zu früheren Zeiten hat sich immer wieder die Frage gestellt, wie es der Politik gelingt, den politischen Einfluss der Wirtschaft einzuschränken ohne ihre Effektivität zu verringern. Das ist seit Mitte des 20. Jahrhunderts in einem Kompromiss zwischen demokratischen Prinzipien und den Interessen des nationalen Industriekapitalismus gelungen und hat der industrialisierten Welt Jahrzehnte florierenden Wohlfahrtsstaates gebracht. Heute stellt sich diese Aufgabe neu. Es gilt den globalen Finanzkapitalismus einzudämmen, zumal die Finanz- und Bankenkrise 2008 gezeigt hat, dass das US-amerikanische Modell des Shareholder-Kapitalismus keineswegs so überlegen ist, wie es sich selbst darstellt.

## IN DIE IRRE GEFÜHRT

Und dass die Tendenz der Politik, Unternehmen und ökonomischen Eliten immer mehr Kontrolle über die öffentlichen Angelegenheiten einzuräumen, in die Irre geführt hat, die große Teile der Bevölkerung teuer bezahlen müssen. Die Grenze zwischen öffentlichem Dienst und Aufgaben und privatem Profitstreben müssen für Crouch daher wieder trennscharf gezogen werden. Er plädiert dafür, Abschied zu nehmen vom orthodoxen Glauben, dass lediglich die Privatwirtschaft effizient sei und daher der öffentliche Dienst und auch der Staat nach privatwirtschaftlicher Logik auszurichten seien. Dementsprechend müssen Regeln und Gesetze auf nationalstaatlicher und internationaler Ebene durchgesetzt

werden, die die Macht der Unternehmen wieder auf ein für die Demokratie erträgliches Ausmaß reduzieren. Um dies umzusetzen, bedarf es für Crouch einer intensivierten Zusammenarbeit zwischen Parteien, Gewerkschaften, NGOs und engagierten Bürgerinitiativen auf lokaler, regionaler, nationalstaatlicher und internationaler Ebene. Alle diese Akteure haben ihre Stärken und Schwächen. Entscheidend sei daher, dass sie gegenseitiges Verständnis über ihre Rolle und über ihre unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten und Aufgaben entwickeln, mit dem Ziel, Ressourcen und Energien wo immer möglich zu bündeln, um dem Ziel der Einschränkung der politischen Macht globaler Unternehmen näher zu kommen. Das gelingt nur, wenn soviel Druck aufgebaut werden kann, dass die Unternehmen solche Angst um ihre Gewinne bekommen, dass sie an den Verhandlungstisch gezwungen werden, um jene Regeln durchzusetzen, die sicherstellen, dass das Ausmaß der sozialen Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern, das die Demokratie am meisten bedroht, verringert wird.

In der Aufsatzsammlung unter dem Titel »Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus« setzt sich Crouch mit dem Faktum auseinander, dass trotz Finanzmarktkrise und Bankendebakel der neoliberale Kapitalismus weiterhin fest im Sattel sitzt und der Politik seine Regeln diktieren kann. Offensichtlich ist es den Neoliberalen gelungen, sich im Feld der Ideen und Organisationsmacht durchzusetzen und damit der gemäßigten Linken eine historische Niederlage zuzufügen. Weiters ist es ihm auch gelungen, gemeinschaftliche Interessen in der Gesellschaft zu diskreditieren, soziale und ökonomische Unterschiede wieder zu vergrößern und sozial Schwache als Versager zu brandmarken und ihnen die sozialstaatliche Hilfe zu entziehen.

### DER »DRITTE WEG«

Die gemäßigte Linke versuchte als Antwort darauf einen Policy-Mix, der teilweise neoliberale Lehren übernahm und zugleich versuchte, einige Elemente klassischer Mitte-Links-Politik (öffentliche Dienste, Sozialleistungen) zu bewahren. »New Democrats«, »New Labour«, »Politik der Neuen Mitte« hießen die Labels des sogenannten »Dritten Weges«, der vor allem von Parteien der sozialdemokratischen Parteienfamilie eingeschlagen wurde. Sie konnten – betrachtet man die Wahlergebnisse quer durch Europa in den beiden letzten Jahrzehnten – aber den Rückgang in der Wählerzustimmung und dementsprechenden Einflussverlust in nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament nicht aufhalten.

Für die Demokratie und den Markt sieht Crouch als entscheidende Defizite ihrer derzeitigen Entwicklung, dass beide schrittweise dysfunktional werden. Für die Demokratie besteht das Problem, dass derzeit die Öffentlichkeit zu wenig einheitlich und auch nicht nah genug an der Politik ist, um durch ausreichenden Eigendruck den Lobbydruck der Unternehmen zu kompensieren. Die Parteien verlieren ihre Massengrundbasis und werden damit stetig abhängiger von Finanzmitteln aus der Wirtschaft. Und die Massenmedien sind zunehmend zu Marionetten der Großkonzerne und Superreichen verkommen (siehe z.B. Berlusconi, Murdoch), die die öffentliche Meinung mit ihren speziellen Interessen dominieren.

### SCHIMÄRE

Im Wirtschaftsbereich hat die Globalisierung dazu geführt, dass nur mehr Unternehmen ab einer gewissen Größe Marktzugang haben. Das nützt vor allem multinationalen Großkonzernen und führt dazu, dass die Ideologie des Neoliberalismus von der frei florierenden Marktkonkurrenz, die alles zum allgemeinen Besten regle, eine Schimäre ist und der unternehmerische Lobbydruck auf nationale Regierungen und internationale Wirtschaftslenkungsinstitutionen (z.B. EU, WTO, Weltbank, IMF) zunimmt. In einer Gesellschaft, in der das Profitmachen als zentraler Wert durchgesetzt ist, werden nicht-marktfähige kollektive Güter, öffentliche Einrichtungen und Dienste, die vor allem zum Nutzen der großen Mehrheit der Bevölkerung funktionieren und deren Lebensqualität fördern, zunehmend an den Rand gedrängt.

Und durch eine Politik, die in verstärktem Ausmaß staatliche Einrichtungen mit Unternehmerinteressen verschränkt und auch im personellen Bereich öffentliche Einrichtungen mit Managern aus der Unternehmenssphäre durchsetzt, wird zunehmend mehr Macht, Einfluss und Privilegien an die Reichen verteilt. Die Einkommensunterschiede in unserer Gesellschaft nehmen zu und damit verbunden sind auch Machtunterschiede. Eine vergleichsweise kleine Zahl von Menschen bzw. reichen Familien wird so in die Lage versetzt, die Welt und ihre Interessen nach Gutdünken zu gestalten. Sie beeinträchtigt damit aber das Leben der großen Mehrheit der anderen, die diese Möglichkeit nicht haben.

Was kann nun aus Sicht von Crouch getan werden, damit diese Entwicklung umgekehrt wird? Crouch setzt in diesem Buch – weit stärker als in der »Postdemokratie« – vorrangig auf die Kraft der Zivilgesellschaft. Sie ist, da es aus seiner Sicht vor allem auch um die Durchsetzung einer neuen sozialen

Moral geht, für ihn die glaubwürdigste Kraft, die die Großkonzerne und den von deren Interessen gekidnappten Staat in einen öffentlichen Dialog zwingen und auch Druck ausüben kann. Crouch rekurriert dabei auf John Kenneth Galbraith, der dafür plädierte, dass Angestellte, Konsumenten, Sparer und Aktionäre sich ihrer Vielzahl und Kontrollmacht bewusst werden und das Gleichgewicht zwischen dem kommerzialisierten Staat und dem Staat, der gemeinschaftsdienliche Normen und Regeln setzt, wieder herstellt. Auch den politischen Parteien misst er noch eine gewisse, wenn auch reduzierte Bedeutung zu und verweist vor allem auf ihre gewachsene Manipulierbarkeit durch ökonomische Lobbys.

Er meint, dass die Forderungen nach Offenheit und Transparenz der ökonomischen und politischen Entscheidungsprozesse durch eine wachsende Zahl von Bürgerinitiativen, Journalisten und kritischen Wissenschaftlern am ehesten in der Lage sein könnte, Veränderungen zu bewirken. Veränderungen, die zu einem neuen Gleichgewicht zwischen Staat, Markt, Konsumenten und Zivilgesellschaft führen könnten. Dies könnte letztlich auch zur Durchsetzung einer neuen Moral in der Gesellschaft führen, in der Profitmacherei und Individualismus nicht alles sind, sondern kollektive und öffentliche Güter wieder eine größere Rolle spielen, als dies derzeit der Fall ist.

In seinem aktuellsten Buch, der Aufsatzsammlung »Jenseits des Neoliberalismus – ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit« (Wien, 2013, Passagen Verlag), wendet sich Colin Crouch vor allem der Frage zu, wie es der Sozialdemokratie gelingen könne, aus ihrer derzeit defensiven Haltung herauszukommen und wieder durchsetzungsfähiger zu werden. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür wären günstig. Mit dem Wachsen der Macht der Großkonzerne wird soziale Ungleichheit wieder verstärkt zum Problem, die Frage der sozialen Gerechtigkeit stellt sich neu. Das ist wiederum eine Kernkompetenz der Sozialdemokratie, gleichzeitig ist der neoliberale Kapitalismus in dieser Frage am angreifbarsten. Es müsste daher die Gesellschaft eigentlich für die Botschaften der Sozialdemokratie empfänglicher denn je sein. Paradoxerweise dominiert aber die Ideologie des Neoliberalismus trotz aller Pleiten und negativen Folgen und hat die öffentliche Meinung fest im Griff. Der Schlüssel zur Erklärung dieses Paradoxons liegt für Crouch in drei Entwicklungen.

a) Die Globalisierung hat Kapitalgebern eine größere Auswahl von Investitionsmöglichkeiten in der Welt gebracht.

Arbeiter der industrialisierten Welt müssen jetzt mit Arbeitern in ärmeren Ländern mit niedrigeren Arbeits- und Sozialkosten und Unternehmensbesteuerungen konkurrieren. Auch Regierungen konkurrieren als Investitionsstandorte mit Ländern, in denen niedrigere Steuersätze und schlechtere Beschäftigungsverhältnisse herrschen. Der Globalisierungsdruck hat das Gleichgewicht der Verhandlungspositionen zwischen internationalen Investoren und national verwurzelten Regierungen verändert.

b) Die Deregulierung der Finanzmärkte und die Spekulation und riskanten Geschäfte der Investmentbanker haben die gesamte Weltwirtschaft aus dem Gleichgewicht gebracht. Resultat war die angloamerikanische Finanzkrise 2008 mit der Gefahr des Zusammenbruchs des Finanzsystems. Viele Regierungen mussten die Banken retten, häufig auf Kosten der Kürzung von Sozialausgaben. Die Armen mussten so die Schuld der Superreichen tilgen. Nach der Krise wurde zwar ansatzweise versucht, den Bankensektor stärker zu regulieren und Sozialpolitik zu verstärken. Dies wurde von neoliberaler Seite aber bisher mit dem Argument verhindert, dass man sich diesen sozialdemokratischen Ansatz – weil angeblich zu teuer – nicht leisten könne.

c) Es gab große Veränderungen in der sozialdemokratischen Mitglieder- und Wählerbasis. Ursprünglich dominierten die Arbeiter des Produktionssektors. Diese Basis schrumpft seit den 1970er Jahren, die Nachfrage nach Dienstleistungen wurde gleichzeitig größer, das verstärkte den öffentlichen Dienst als eine Basis für die Sozialdemokratie. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden beide Basisgruppen in die Defensive gedrängt. Die Arbeiterklasse schrumpfte weiter, der öffentliche Dienst wurde vom Neoliberalismus als Schmarotzerbereich diskreditiert, der angeblich das hart erarbeitete Geld der Angestellten aus dem privaten Sektor vergeudet. Und der Wohlfahrtsstaat wurde von den Konservativen und Rechtspopulisten als System verteufelt, das das Geld aus den Taschen aller Arbeitenden nimmt und es jenen, die nicht arbeiten wollen, und den Ausländern zuschanzt.

### VAGES, KLASSENLOSES PROJEKT

Die Sozialdemokratie hat auf das Schrumpfen ihrer beiden Kerngruppen vielfach damit reagiert, sich von ihnen abzuwenden und – in der Politik der sogenannten »Neuen Mitte« – ein eher vages, klassenloses Projekt – der »progressiven Reform« zu propagieren, wofür sie die politische Unterstützung quer durch die Wählerschaft und (v.a. in GB und den USA)



finanzielle Unterstützung von Firmen suchte. Sie hat aber das Projekt aufgegeben, die politische Kultur der bestehenden Gesellschaft zu verändern und statt dessen sich via Marktforschung der bestehenden Kultur angepasst. Zudem haben sozialdemokratische Parteien des »Dritten Weges« aufgehört, Probleme des akkumulierten Reichtums der Konzerne oder ungleiche Verhältnisse in der Gesellschaft zu thematisieren.


Da zwischenzeitlich die Widersprüche zwischen den ideologischen Verheißungen und den negativen Folgen ungezügelter neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftens evident geworden sind, eröffnet sich jedoch für die Sozialdemokratie die Möglichkeit, diese inneren Widersprüche aufzudecken. Die Probleme des real existierenden Neoliberalismus, so Crouch, bieten für die Sozialdemokratie die Chance, mit jener Variante des Neoliberalismus zu kooperieren, die erkannt hat, dass Kompromisse und Regelungen des wild gewordenen Marktmodells erforderlich sind, will man nicht auf Dauer das gesamte System neoliberaler Profitmacherei in Frage stellen. In diesem Kontext hat nach Auffassung von Crouch der »Wohlfahrtsstaat der sozialen Intervention« gute Chancen auf Realisierung. Er rekurriert bei der Beschreibung dieser Möglichkeit auf das Godesberger Programm der SPD von 1959, das die damalige Öffnungspolitik der Partei auf den Punkt bringt: »So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig«.

## DIE BESTEN WIRTSCHAFTLICHE LEISTUNGEN

Crouch weist anhand zahlreicher Studien und Statistiken nach, dass auch heute Gesellschaften, in denen die Arbeitnehmerinteressen stark vertreten sind, die besten wirtschaftliche Leistungen erbringen. Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen, Österreich, Niederlande sind Beispiele für solche Gesellschaften, in denen es geringe Ungleichheit gibt und starke Arbeitnehmerorganisationen. Damit widerlegt Crouch auch die Kernbehauptung neoliberaler Propaganda, wonach Chancengleichheit und starke Gewerkschaften Arbeitsplätze vernichten und Innovationen verhindern würden. Ansonsten wäre es den egalitärsten Staaten nicht möglich, die besten Leistungen zu erzielen.

Diese Daten stützen auch die These, dass »Flexicurity«-Konzepte sehr wirksam sein können, bei denen es den Arbeitnehmern möglich ist, Veränderungen zu akzeptieren, weil sie durch hohes Arbeitslosengeld und aktive Umschulung sicher sein können, ihre Interessen zu wahren und ihre Existenz zu sichern und zudem diese Form von aktiver Arbeitsmarktpolitik auch zu wirtschaftlicher Innovation führt. In Verbindung

mit entsprechender Familien- und Bildungspolitik ist diese Strategie des »Wohlfahrtsstaates der sozialen Investitionen« für Crouch eine der Möglichkeiten für die Sozialdemokratie, aus ihrer defensiven Haltung wieder heraus zu kommen. Weitere Elemente einer erneuerten sozialdemokratischen Agenda könnten – so Crouch – die verstärkte Kooperation mit NGOs und Bürgerinitiativen sein. Ebenso eine verstärkte Aktivität im Konsumentenschutz sowie beim Energiesparen und verschärften Umweltrichtlinien. Dazu gehört aber weiters auch der verstärkte Einsatz für die Aufrechterhaltung und Erweiterung öffentlicher Dienstleistungen, Investitionen in die Infrastruktur, in Forschung und in die Verbesserung der städtischen Lebensräume. Schließlich werde es aber auch darum gehen, sozialdemokratische Politik wieder stärker zu europäisieren und internationalisieren und denjenigen zu widerstehen, die ihr Heil in Protektionismus und Abschottung suchen. Ziel aller dieser Maßnahmen ist es, den Neoliberalismus so umzuformen, dass der Markt zwar für uns arbeitet, uns aber nicht mehr – so wie jetzt – tyrannisieren kann.

Resümierend kann man sagen, dass uns Crouch anregende Gedanken liefert, die Situation der Sozialdemokratie und ihre politischen Handlungsmöglichkeiten zu überdenken. Wie immer tut er das in der angenehmen Tradition anglo-amerikanischer Sozialwissenschaftler, deren Stärke es ist, komplexe Zusammenhänge verständlich und gut lesbar darzustellen. Wer sich einen großen neuen revolutionären Weltentwurf erwartet hat, wird sicher enttäuscht sein über seine realistische und pragmatische Einschätzung von Ökonomie und Politik unter globalisierten Bedingungen. Er schlägt auch keine einfachen Instant-Lösungen vor, aber bietet eine solide Analyse der Gesellschaft von heute, ihren negativen Entwicklungstendenzen und den dennoch vorhandenen Möglichkeiten, durch eine Summe kleiner Schritte der Entwicklung unserer Gesellschaft eine andere Richtung zu geben. Hin zu mehr Gerechtigkeit, sozialer Sicherheit für die Vielen und mehr sozialer Verantwortung anstelle der derzeit dominaten Ellenbogengesellschaft und Profitmacherei. Für SozialdemokratInnen, die auf der Höhe der Zeit sein wollen, jedenfalls eine sehr erkenntnisgewinnbringende Lektüre. 

**ERICH FRÖSCHL**

ist Politikwissenschaftler und

Lehrbeauftragter an der Universität Wien.

Von 1980–2009 war er am Dr.-Karl-Renner-Institut tätig.



**WERNER WELZ, Oskar Kokoschka beim Einzug auf die Festung Hohensalzburg anlässlich der Eröffnung der Internationalen Sommerakademie, rechts der Kunsthändler Friedrich Welz**  
© Universität für angewandte Kunst Wien / University of Applied Arts Vienna, Oskar Kokoschka-Zentrum © Welz, Salzburg



# Prognosen, Krieg & Frieden



## Jeremy Scahill SCHMUTZIGE KRIEGE

In Afghanistan und Pakistan, Jemen, Somalia und anderen Ländern interviewte Scahill CIA-Agenten, Söldner und Spezialkräfte der US-Army. Er traf von der CIA protegierte Warlords in Mogadischu und sprach mit den zivilen

Opfern der Einsätze amerikanischer Spezialkommandos und Drohnenattacken, die die Vereinigten Staaten lieber geheim halten wollen.

ANTJE KUNSTMANN, 720 Seiten, 30,60 Euro



## Niels Werber AMEISENGESELLSCHAFTEN

Was an Ameisengesellschaften beobachtet wird, so der Autor, gibt Antworten auf soziologische oder anthropologische Probleme – und stellt die Frage, was der Mensch ist und was die Gesellschaft, in der er lebt. Das Bild dieser Insekten-gemeinschaft ist flexibel und kann als

Vorlage für republikanische, monarchistische, libertäre oder totalitäre Vorstellungen verwendet werden.

S. FISCHER VERLAG, 475 Seiten, 25,70 Euro



## Mark Mazower DIE WELT REGIEREN

Wenn man die Idee eines Friedens zwischen den Völkern ernst nimmt, liegt die Gründung einer globalen Schiedsinstanz in Auseinandersetzungen nahe. Mark Mazowers Buch schildert das konfliktreiche Wechselspiel von völkerrechtlicher

Idee und faktischen Machtverhältnissen seit 1815, als eine europäische Koalition versuchte, die napoleonische Macht-ausdehnung einzudämmen.

C. H. BECK, 464 Seiten, 28,60 Euro



## Maar, Michael HEUTE BEDECKT UND KÜHL

Als tägliche Übung, zur Sammlung, zur Erinnerung, zur Selbsterfindung und gegen die reißende Zeit, mancher hat es irgendwann mal versucht oder in Erwägung gezogen, aber es gibt Höhepunkte in der Geschichte dieser Kunstform: Gemeint ist

das Tagebuch. Michael Maar hat besonders schöne, bemerkenswerte, spektakuläre und eindrücklich-typische Beispiele für große Tagebücher zusammengetragen und stellt sie vor.

C. H. BECK, 257 Seiten, 20,60 Euro



## Evgeny Morozov SMARTER NEUE WELT

Das Internetzeitalter gilt als epochaler Einschnitt. Die digitale Revolution stellt die Daseinsberechtigung althergebrachter Strukturen und Institutionen infrage. Politik, Wirtschaft, Kultur und unsere Lebenswege sind heute transparent, individualisiert und jederzeit abrufbar.

Evgeny Morozov hinterfragt diese smarte neue Welt mit Verve. Ist sie wirklich besser, sicherer, lebenswerter?

BLESSING, 656 Seiten, 25,70 Euro



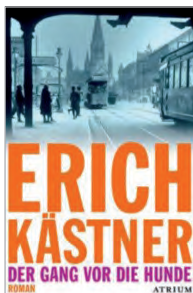
## Nate Silver DIE BERECHNUNG DER ZUKUNFT

Der Statistiker Nate Silver ist so etwas wie ein amerikanischer »Prognose-Popstar«, der Wahlergebnisse mit nie gekannter Genauigkeit voraussagt. Das Buch heißt im Original »The Signal and the Noise« und darum geht es auch: Das

Problem ist nicht der Mangel an Informationen, sondern unserer Unvermögen, im Rauschen der Daten die wesentlichen Informationen herauszufiltern.

HEYNE, 656 Seiten, 23,70 Euro

# Berlin, New York & Armenien



**Erich Kästner**  
DER GANG VOR DIE HUNDE

»Fabian« ist Erich Kästners Meisterwerk. Doch der Roman wurde vor seinem Erscheinen verändert und gekürzt. Jetzt liegt er zum ersten Mal so vor, wie ihn Kästner geschrieben hat – unter dem Titel, den Kästner ursprünglich vorgesehen hatte: »Der Gang vor die Hunde«. Die Geschichte des arbeitslosen Germanisten Jakob Fabian, der durch das überhitzte Berlin der späten zwanziger Jahre streift.

**ATRIUM**, 340 Seiten, 23,60 Euro



**James Salter**  
ALLES, WAS IST

Als Lieutenant Philip Bowman aus dem Pazifischen Krieg zurückkehrt, der Schlacht von Okinawa knapp entronnen, liegt das Leben endlich vor ihm. Er studiert, heuert bei einer Theaterzeitschrift an, beginnt für einen Verlag Manuskripte zu lesen. Alles scheint möglich in dem noch ungebändigten New York. Ein Leben, wie man es sich vollkommener nicht hätte erträumen können, und doch droht alles zu entgleiten.

**BERLIN VERLAG**, 384 Seiten, 23,70 Euro



**Swetlana Alexijewitsch**  
SECONDHAND-ZEIT

Das postsowjetische Russland sucht noch immer nach einer neuen Identität. Während man im Westen nach wie vor von der Gorbatschow-Zeit schwärmt, will man sie in Russland am liebsten vergessen und Stalin gilt vielen wieder als großer Staatsmann. Für Swetlana Alexijewitsch leben die Russen gleichsam in einer Zeit des »secondhand«, der gebrauchten Ideen und Worte.

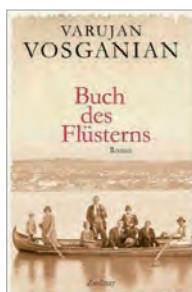
**HANSER**, 576 Seiten, 28,70 Euro



**Marion Poschmann**  
DIE SONNENPOSITION

Altfried Janich findet nach der Wiedervereinigung eine Stelle im »Ostschloss«, einem heruntergekommenen Barockbau, der jetzt eine psychiatrische Anstalt beherbergt. Hier hält er es für seine Aufgabe, seinen Patienten gegenüber die Sonnenposition einzunehmen, ihnen Orientierung und eine Quelle des Trostes zu sein. Als sein Freund Odilo zu Tode kommt, gerät er selbst auf die Nachtseite der Dinge.

**SUHRKAMP**, 337 Seiten, 20,60 Euro



**Varujan Vosganian**  
BUCH DES FLÜSTERNS

In Focsani, einer Provinzstadt in Rumänien, scheinen sich die Wege des aus seiner Heimat vertriebenen armenischen Volkes zu kreuzen: Da ist Sahag, der von seiner Mutter für einen Sack Mehl verkauft wurde, und Siruni, die von den Russen nach Sibirien deportiert wurde. Und da ist Großvater Garabet, der weise die Fäden dieser so wunder- wie grausamen Saga zusammenhält.

**ZSOLNAY**, 512 Seiten, 26,80 Euro



**Imre Kertész**  
LETZTE EINKEHR

Ende vergangenen Jahres ist Imre Kertész mit seiner Frau Magda nach Ungarn zurückgekehrt, nach zwölf Jahren in Berlin. Seine Budapester Wohnung hat er seit Monaten nicht mehr verlassen, die Parkinson-Erkrankung macht ihm schwer zu schaffen. Letzte Einkehr, die Tagebücher der Jahre 2001 bis 2009, könnte das letzte Buch des Literaturnobelpreisträgers von 2002 sein.

**ROWOHLT**, 464 Seiten, 25,60 Euro

# Die demografische Entlastung des Arbeitsmarktes

Viele Wirtschaftsforscher warnen die Politik eindringlich vor einer Unterschätzung des demografischen Wandels und der damit bevorstehenden Probleme einer Arbeitskräfteknappheit. Sehen wir uns zunächst die Zahlen an: In der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose erwartet Statistik Austria für die Bevölkerung über 65 Jahren einen Anstieg von 1,546 Millionen (2013) auf 2,162 Mio. (2030). Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (abgegrenzt mit 19 bis 65 Jahren) wächst zunächst von 5,246 Mio. auf 5,320 Mio. im Jahr 2020, um dann auf 5,116 Mio. im Jahr 2030 zurückzugehen.

Nimmt man nun ein Wachstum der Wirtschaft um etwa 1½% und der Beschäftigung um ½% pro Jahr an, dann würde bis 2020 das Angebot an Arbeitskräften etwa gleich rasch wachsen wie die Nachfrage. Von 2020 bis 2030 hingegen steigt die Nachfrage kumuliert um knapp 200.000, während die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im gleichen Ausmaß sinkt. Das ist der behauptete Mangel an 400.000 Arbeitskräften.

Diese Analyse abstrahiert allerdings völlig von der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt:

- Erstens liegt die Zahl der Arbeitslosen (inklusive SchulungsteilnehmerInnen) heuer bei 355.000. Knappheit an Arbeitskräften müsste die Chance der Arbeitslose auf Jobs verbessern. Selbst wenn nur die Hälfte aller Arbeitslosen Beschäftigung findet, wäre damit fast die Hälfte des behaupteten Arbeitskräftemangels bewältigt. Die Voraussetzung: ein Ausbau der Trainings- und Qualifizierungspolitik.
- Zweitens hinkt Österreich in der Frauenbeschäftigung hinter den fortschrittlichen Ländern her: Würde bei einem Mangel an Arbeitskräften die Frauenerwerbsquote auf das Niveau von Dänemark und Schweden steigen, dann wären

etwa 150.000 Menschen mehr in Beschäftigung; würden die teilzeitbeschäftigten Frauen nicht im Durchschnitt 20 Stunden, sondern wie in Schweden 24 Stunden pro Woche arbeiten, so entspräche das fast 200.000 zusätzlichen Teilzeit- oder 100.000 Vollzeitjobs. Damit wären mehr als die Hälfte des behaupteten Arbeitskräftemangels bewältigt. Die Voraussetzungen: gleichere Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern, mehr und bessere Kindergartenplätze und Ganztagschulen.

- Drittens liegt das effektive Pensionsantrittsalter mit 59 Jahren relativ niedrig. Werden mehr Arbeitskräfte gebraucht und steigt deshalb das effektive Pensionsantrittsalter um ein Jahr, dann stünden etwa 70.000 zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung und ein Achtel des behaupteten Arbeitskräftemangels wäre bewältigt. Die Voraussetzungen: bessere Gesundheitsvorsorge, altersgerechte Arbeitsplätze, bessere Anreize für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen.

Mit aktiver Bildungs- und Qualifizierungspolitik, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und längerer effektiver Erwerbstätigkeit gibt es keinen Arbeitskräftemangel. Doch wie kommen wir zu dieser Politik? Wahrscheinlich ist Vollbeschäftigung, also ein leichter Mangel an Arbeitskräften, die Voraussetzung dafür, um mehr Kindergarten- und Schulplätze, aktive Gleichstellungspolitik zugunsten von Frauen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Älteren zu erreichen. Ohne innovative Formen der Arbeitszeitverkürzung wird dies angesichts des anhaltend labilen Finanzsektors und der ökologischen Grenzen allerdings kaum erreichbar sein. ♡

**MARKUS MARTERBAUER**

leitet die Wirtschaftswissenschaft der AK Wien  
und blogt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>



